

Mehrheit folgt Bürgervotum

Im November entschieden die Malsfelder Bürger, am Donnerstagabend die Malsfelder Parlamentarier. Jetzt kann die Stellungnahme der Gemeinde für das Gewerbegebiet bei Ostheim auf den Weg gehen.

MALSFELD ■ Zuerst hatte alles so friedlich begonnen. Schien es doch fast so, als wollte Bürgermeister Kurt Stöhr am Donnerstagabend das Wort Autobahnzubringer gar nicht in den Mund nehmen. Doch die Oppositionsfractionen im Malsfelder Parlament sprachen Klartext. Sie machten noch einmal deutlich, was sie bereits mit dem Bürgerbegehren gezeigt hatten und was auch der anschließende Bürgerentscheid bewiesen hatte: In Malsfeld gibt es eine entschiedene Front gegen den Autobahnzubringer und das Gewerbegebiet Ostheim. Mit der wird das Projekt „Kommunales Entwicklungskonzept Mittleres Fuldatal“ wohl für alle Zukunft leben müssen.

Trotzdem fand sich im Parlament eine Mehrheit für die Stellungnahme der Gemeinde zum Planergänzungsverfahren des Regionalen Raumordnungsplanes, so wie der Gemeindevorstand sie vorbereitet hatte. Unterstützt wurde die Stellungnahme geschlossen von der SPD-Fraktion und von Teilen der CDU, FWG, GL und ein CDU-Parlamentarier stimmten dagegen.

Heftige Kritik heimste die Vorlage vom Sprecher der Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldatal, Dr. Johannes Heyn, ein. Der bemängelte, daß die Planungsunterlagen den Wählern vor dem Bürgerentscheid hätten zur Verfügung gestellt werden müssen. Dann wäre den Malsfeldern sicherlich klar geworden, daß es weniger um das Gewerbegebiet als vielmehr um den Autobahnzubringer ginge. Das werde auch dadurch deutlich, daß sich die Änderungsbeurteilung auf 44 Zeilen mit Verkehrsproblemen, „speziell von Melsungen“, beschäftigte und nur auf 15 Zeilen mit dem Gewerbegebiet Ostheim.

Die Stellungnahme enthalte so unverbindliche Aussagen

wie „sollen überprüft werden“ oder „ist beabsichtigt“. Es sei fraglich, welchen juristischen Stellenwert solche Formulierungen hätten, klopfte Heyn die Tischvorlage Punkt für Punkt sehr sachlich ab. Auch daß kein Wort über Kosten- und Nutzenverteilung zwischen den beteiligten Kommunen ausgesagt werde, war der GL ein Dorn im Auge.

Kritikpunkte, die Helmut Weber (SPD) zurückwies: „Wir treten doch jetzt erst in den Bereich der Planung.“ Und Bürgermeister Kurt Stöhr konterte mit lautstarker Stimme: „Alles ist dabei berücksichtigt!“ Erhebliche Entlastungen seien für Dagobertshausen, Malsfeld und Elfershausen zu erwarten, kündigte er an.

Entlastung für Ostheim verspricht sich die CDU-Fraktion dadurch, daß die Ortsumgehung nun endlich fester Planungsbestandteil werde. Dies sei das einzig Positive, das seine Fraktion erkennen könne, so CDU-Chef Klaus Rehs. Er warnte davor, daß sich dort einige wenige Betriebe mit großem Flächenverbrauch ansiedeln, die aber nicht in der Lage

seien, einen „wirtschaftlichen Schub“ zu bringen.

Das Entwicklungskonzept sei

Anzeige

Wir treten an

Kurt Braun

F.D.P. Malsfeld

„unvollständig und ungenau“ und das Gewerbegebiet nur Mittel zum Zweck für den Autobahnzubringer, kritisierte FWG-Sprecher Manfred Eckhardt. Der zeitliche Ablauf fehle. Die Wohngebiete Elfers-

Anzeige

Christian Dior
by Schwieger

hausen, Malsfeld und Dagobertshausen würden als „weniger empfindlich“ dargestellt. Daraufhin Eckhardts Frage: „Sind denn die Menschen in Malsfeld zweiter Klasse?“ Für die FWG sei das Konzept „eine Mogelpackung“ und heiße besser „Verkehrsbelastungskonzept“.

(l)

GEWERBEGEBIET OSTHEIM

Heute endet Widerspruchsfrist

Das Melsunger Parlament hat den Änderungen im Regionalen Raumordnungsplan Nordhessen, die zur Ausweisung des Gewerbegebietes Ostheim erforderlich werden, zugestimmt.

MELSUNGEN ■ Am 15. Januar endete beim Regierungspräsidenten in Kassel die öffentliche Auslegung der Verfahrensunterlagen für das Entwicklungskonzept „Mittleres Fuldatal“. Heute läuft die Frist ab, in der Anregungen und Bedenken gegen das Konzept vorgebracht werden können, das die Ausweisung eines Gewerbegebietes bei Ostheim, den Bau eines neuen Autobahnanschlusses dort und erhebliche Veränderungen im bestehenden Straßennetz vorsieht.

In seiner Sitzung am Dienstag hat das Melsunger Parlament mit den Stimmen von SPD, FDP und CDU bei Ablehnung durch die Grünen den notwendigen Änderungen in der Raumordnungsplanung zugestimmt.

Diese Änderungen sehen den Bau eines Zubringers zwischen dem östlich Ostheims gelegenen neuen Autobahnanschluß und der B 83 vor. Die im Bundes-

verkehrswegeplan noch enthaltene Teilortsumgehung Melsungen (von Obermelsungen zur Kuhmannsheide) wird gestrichen.

Die Landesstraße 3224 soll um die Ortslage von Ostheim herumgeführt werden. Der heutige Autobahnzubringer Melsungen, die B 253, würde von Melsungen bis zum Abzweig Beuern abgestuft, soll aber - so der Wunsch der Stadt - als Landesstraße klassifiziert werden. Sowohl der Autobahn-Anschluß Melsungen wie auch die Landesstraße zwischen Obermelsungen und Ostheim

sollen aus dem „regional bedeutsamen Netz“ gestrichen werden. Und das wichtigste: Bei Ostheim wird die Ausweisung einer „Industrie- und Gewerbefläche Zuwachs“ Ziel der Regionalplanung.

Außerdem hat die Planungsversammlung zum Ausgleich der Flächenverluste beschlossenen, den vollständigen Rückbau beziehungsweise die Rückstufung der Landesstraße zwischen Obermelsungen und Elfershausen zu einem landwirtschaftlichen Wirtschaftsweg zu prüfen. Dies würde bedeuten, daß in Zukunft keinerlei klas-

sifizierte, direkte Verkehrsverbindung zwischen den beiden Dörfern bestünde.

In einem Schreiben an den Melsunger Landtagsabgeordneten Dieter Posch (FDP) vom 17. Januar hat Verkehrs- und Wirtschaftsminister Lothar Klemm bekräftigt, daß die Landesregierung dem gemeindeübergreifenden Kommunalen Entwicklungskonzept „Mittleres Fuldatal“ grundsätzlich positiv gegenübersteht. Allerdings wolle er dem Entscheidungsprozeß in der Regionalen Planungsversammlung nicht vorgreifen. (tom)

Auch Spangenberg für Änderungen

Ebenso wie das Melsunger Parlament hat auch die Spangenberg Stadtverordnetenversammlung die geplanten Veränderungen in der Regionalen Raumordnungsplanung zustimmend zur Kenntnis genommen. Auch in der Liebenbachstadt lehnten nur die Grünen das Entwicklungskonzept „Mittleres Fuldatal“ ab.

CDU-Fraktionschef Bernhard Tigges bekräftigte allerdings die Forderung nach Maßnahmen, sollte nach Ver-

wirklichung der Vorhaben bei Ostheim in Spangenberg der Schwerverkehr deutlich zunehmen. Gegebenenfalls müßten dann Nachtfahrverbote für Lastwagen auf der B 487 und Tonnagebegrenzungen ausgesprochen werden. Zudem müsse sichergestellt sein, daß die Stadt auch bei Mitgliedschaft in dem zu gründenden Zweckverband nicht auf Gewerbeflächen im Stadtgebiet verzichten müsse und dort auch die Hebesätze der Gewerbesteuer selbst fest-

legen könne. Außerdem dürfe der Zweckverband kein Mitspracherecht bei Gewerbegebieten im Stadtgebiet haben.

Bürgermeister Köbberling erklärte, daß dies auch die Positionen der Stadt Spangenberg seien. Diese Vereinbarungen würden aber erst bei Verhandlungen über die Gründung des Zweckverbandes notwendig. Jetzt gehe es nur darum, die angestrebten Änderungen in der Regionalplanung zu unterstützen. (tom)

Carstens antwortete auf Fragen zu Kosten und Zeit

MALSFELD / BONN ■ Der nordhessische Grünen-Abgeordnete Matthias Berninger hatte in Sachen Gewerbegebiet Ostheim Fragen an die Bundesregierung gestellt. Er wollte wissen, welche Kosten dem Bund durch Anbindung des gewerblichen Gewerbegebiets entstehen, welche zeitliche Dimension für die Erschließung vorgesehen seien, wie die Bundesregierung die mit einem neuen Autobahnanschluß entstehende Verkehrssituation einschätze und wie die Belastung für die

Malsfelder prognostiziert werde.

Geantwortet hat Manfred Carstens, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium. Zu den Kosten: Die hessische Straßen- und Verkehrsverwaltung habe 3,5 Millionen Mark für eine zusätzliche Anschlußstelle geschätzt. Die Träger der Straßenbaulast hätten die Kosten der Kreuzungsanlage im Verhältnis der Fahrbahnbreite der an der Kreuzung beteiligten Straßenäste zu tragen. „Im jet-

zigen Vorplanungsstadium“ ließe sich der Anteil des Bundes noch nicht ermitteln.

Zum zeitlichen Rahmen: Zunächst sei das Planergänzungsverfahren zum Regionalen Raumordnungsplan abzuschließen, ehe mit einer Detailplanung begonnen werden könne. Daher sei derzeit keine Aussage über einen Fertigstellungstermin möglich.

Zur Verkehrssituation: Bei einem Bau der Anschlußstelle mit einem Zubringer trete eine Verbesserung der Verkehrs-

situation ein, weil hierdurch das nachgeordnete Straßennetz entlastet werde.

Und zur Belastung: Prognosezahlen insbesondere für Malsfeld könnten nach Auskunft der hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung derzeit noch nicht angegeben werden. Es sei aber davon auszugehen, daß durch den Zubringer mit einer Entlastung der Ortsdurchfahrt Malsfeld zu rechnen sei, weil dieser für den Ort eine Umgehung darstelle.

(eg/iko)

Posch: Genehmigung kommt im Februar

OSTHEIM ■ Die Genehmigung für das geplante Gewerbegebiet „Mittleres Fuldata“ nahe der A 7 zwischen Ostheim und Dagobertshausen sei in den nächsten Wochen zu erwarten, kündigt der Landtagsabgeordnete Dieter Posch (FDP) an.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Liberalen im Hessischen Landtag berichtet in einer Pressemitteilung, daß „nun endlich“ die Genehmigung vom Wirtschaftsminister erteilt werden soll. „Ich bin heilfroh“, so Posch, „daß die seit Jahren dauernden Planungen ein Ende nehmen und die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Region, vor allem auch

im Hinblick auf die Nähe zum Containerbahnhof Malsfeld, voranschreiten kann“.

Das Wirtschaftsministerium sehe nun für Februar endlich die Genehmigung vor. Dieses Planungsverfahren sei ein Beweis dafür, daß das Landesplanungsrecht, viel zu kompliziert und langwierig ist. Posch nannte dieses „ein excellentes Beispiel rot-grüner Regelungswut“ und forderte, es müsse dringend vereinfacht und entschlackt werden, „damit Planungen, die für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region notwendig sind, zügiger vorankommen“.

(eg)

GEWERBEGBIET OSTHEIM

Da waren's nur noch fünf

Die Gemeinde Körle wird sich nicht am gemeinsamen Gewerbegebiet Ostheim beteiligen. Die Anteile der verbleibenden fünf Kommunen an der Finanzierung erhöhen sich.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Da waren's nur noch fünf: Offiziell wird die Entscheidung zwar erst am Montag fallen, doch die Signale aus Körle (siehe Be-

VON THOMAS STIER

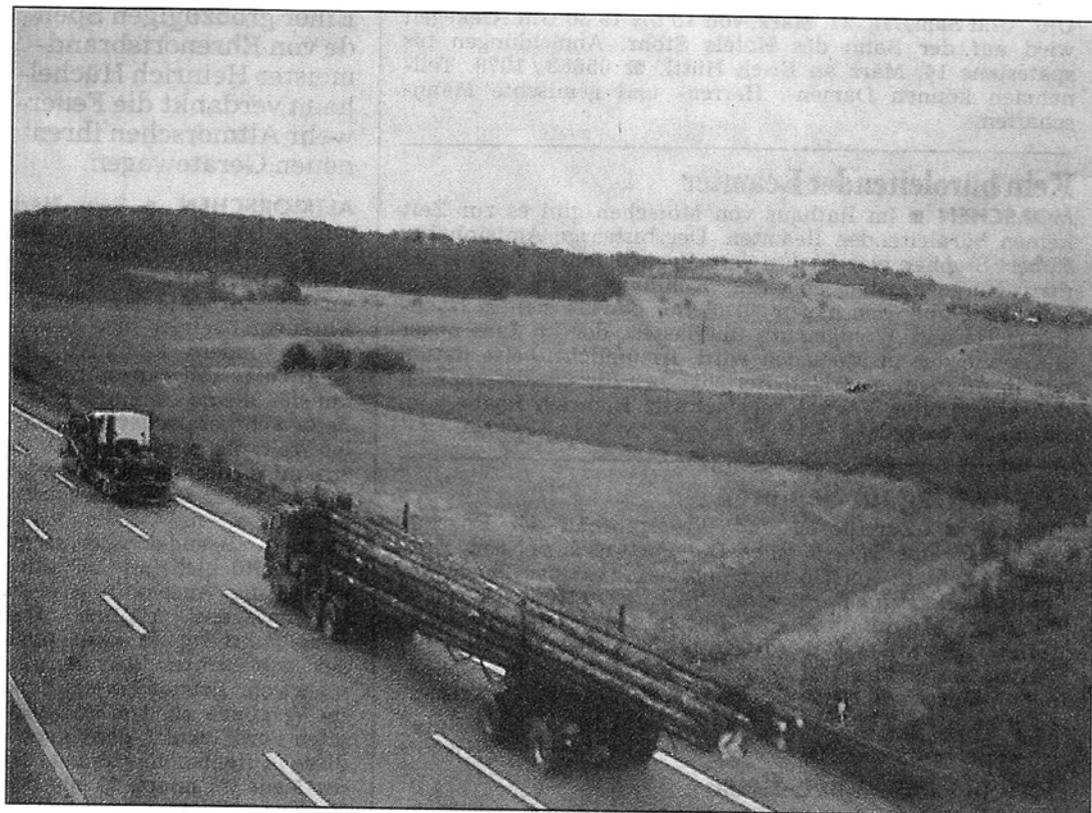
richt unten) sind eindeutig: Die kleine Gemeinde wird sich nicht am „Interkommunalen Gewerbegebiet“ an der Autobahn zwischen Ostheim und Elfershausen beteiligen.

Für Melsungen, Felsberg, Spangenberg, Malsfeld und Morschen bedeutet dies, daß die erwarteten Erschließungskosten in Höhe von rund 38 Millionen Mark neu auf die fünf Mitglieder des künftigen Zweckverbandes verteilt werden müssen. Die zwei Millionen Mark, die nach der ursprünglichen Planung von Körle getragen werden sollten, werden nun den verbleibenden fünf Kommunen hinzugeschlagen.

Weil dadurch eine veränderte Situation entsteht, so erläuterte Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel in der Sitzung des Melsunger Haupt- und Finanzausschusses, werde in Spangenberg und Morschen eine neue Abstimmung über den Beitritt zum Zweckverband erforderlich. Diese beiden Kommunen hatten sich bereits für die Mitgliedschaft entschieden, in den anderen drei Parlamenten steht es noch offen.

In der Haupt- und Finanzausschuß Melsungen sprachen sich SPD, FDP, CDU und FWG für, die Grünen gegen das „Gewerbegebiet Mittleres Fuldata“ und die Gründung eines Zweckverbandes für dessen Schaffung aus.

Die von einem Ingenieurbüro erarbeiteten Kosten sollen entsprechend der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder verteilt werden. Danach würde Melsungen genau ein Drittel der 38



Zwischen der Autobahn bei Ostheim und Elfershausen (hinten rechts) soll das 40 Hektar große „Gewerbegebiet Mittleres Fuldata“ für rund 38 Millionen Mark angelegt werden. (Foto: Stier)

Millionen tragen, Felsberg 27,8 Prozent, Spangenberg 16,7 sowie Malsfeld und Morschen jeweils 11,1 Prozent.

Allerdings, so Bürgermeister Dietzel, solle niemand vor der hohen Summe erschrecken. Erstens würde das Gebiet nur Stück für Stück dem Bedarf entsprechend erschlossen, die Kosten würden sich entsprechend auf mehrere Jahre verteilen.

Zum anderen rechnet Dietzel damit, daß das Vorhaben „auskömmlich“ gestaltet werde, sprich: die Investitionen über den Verkauf der Flächen wieder hereinkommen.

Allerdings: Das Vorhaben stehe und falle mit einer Förderung durch das Land Hessen und den Bund sowie der Schaffung des Autobahnanschlusses Ostheim und des Zubringers vom Industriegebiet Pfiesswiesen und dem Malsfelder Containerbahnhof. Die Kosten hierfür sind in den 38 Millionen nicht enthalten.

Auch wenn der Zweckverband jetzt bald gegründet und dann als nächster Schritt der Planungsauftrag für das Gewerbegebiet vergeben werde, wollen sich die Kommunen für den Ausstieg aus dem gemeinsamen Modellprojekt noch eine Hintertür offen halten. Sollte sich, so Bürgermeister Dietzel, nach der Planungsphase von einhalb bis zwei Jahren herausstellen, daß es schlecht läuft, die Fördergelder nicht im erhofften Umfang fließen oder die Nachfrage nach Gewerbeflächen nicht den Erwartungen entspricht, sei theoretisch auch noch ein Ausstieg möglich. Dietzel: „Dann könnten wir das Rad zurückdrehen und den Zweckverband wieder auflösen.“ Als Verlust müßten dann lediglich die Planungskosten abgeschrieben werden.

Doch für den Verwaltungschef ist dies wirklich nur eine theoretische Möglichkeit. Er bat um Vertrauen in die Arbeit der Mitglieder in den zu schaf-

fenden Gremien, die schließlich alle heute schon in ihren Kommunen gewissenhaft und verantwortungsbewußt arbeiten. Das gemeinsame Gewerbegebiet sei ein Großprojekt

Anzeige

BARTENWEITZER	TAXI
	Inh. U. Niedzwetzki
	30 60
	<small>Dialyse-, Bestrahlungs- und Krankenfahrten, sitzend und liegend, Kurierdienst, Flughafen-, Bahntransfer, Rollstuhltransport, Kleinbus für 8 Personen</small>

wie es vergleichbar noch nicht von so vielen Kommunen angegangen wurde. Es werde entscheidende Auswirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung des Kreisteils Melsungen bis weit ins nächste Jahrhundert hinein haben.

SPD stimmte für Gewerbegebiet

Noch einmal ausgiebig diskutiert wurde die Beteiligung am Interkommunalen Gewerbegebiet Ostheim während der Malsfelder Parlaments-sitzung am Donnerstag.

MALSFELD ■ Die Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldatal (GL) und die CDU-Fraktion hätten den Tagesordnungspunkt am liebsten noch einmal abgesetzt. Es bestehe noch Klärungsbedarf. Aber mit den entsprechenden Anträgen hatten die Fraktionen keinen Erfolg. So wurde dann doch am Donnerstag im Malsfelder Parlament diskutiert und darüber abgestimmt, wie Malsfeld zum Interkommunalen Gewerbegebiet steht. Die Satzung des Zweckverbandes und der Bau der Verkehrsanbindung standen zur Disposition. In beiden Fällen fiel die Abstimmung gleich aus: Die SPD-Mehrheitsfraktion stimmte mit Ja (13), mit Nein votierten FWG, CDU und GL (sieben Stimmen).

Geballte Kritik

Bis dahin gab es bei in einhalb Stunden eine geballte Ladung Kritik: Das Gewerbegebiet erscheine ihm nur als Mittel zum Zweck, um den Autobahnzubringer bauen zu können, so Lothar Kothe, GL. CDU-Vorsitzender Klaus Rehs sprach von einem „Täuschungsmanöver“: Am Anfang habe der Autobahnzubringer gestanden. Erst, nachdem es Proteste dagegen gab, sei das Gewerbegebiet ins Gespräch gekommen. Damit werde der Bau des Zubringers nur „feiner verpackt“.

Rehs forderte eine Bilanzierung aller Vor- und Nachteile des Gewerbegebietes und ein Veto-Recht für die Gemeinde Malsfeld. Denn schließlich seien die Malsfelder direkt von den Auswirkungen jeglicher Industrieansiedlungen betroffen. Dr. Johannes Heyn, GL, sprach gar vom „freiwilligen Selbstmord der Gemeinde“, da man mit nur zwei Vertretern in der Verbandsversammlung kaum Einfluß habe. Er brachte einen GL-Antrag ein, nach dem man der Satzung nur zustimmen werde, wenn Malsfeld zusätzlich zwei Vertreter in die Verbandsversammlung entsenden kann und das Vorsitzende Mitglied stellt, fand damit aber keine Mehrheit.

Es seien in den anderen beteiligten Städten und Gemeinden noch Vorratsflächen vorhanden, so Helmut Mutschler, FWG. Wer soll sich in Malsfeld ansiedeln? fragte Hilmar Dobs-law, CDU. Eine Befürchtung äußerten gleich mehrere Redner der Opposition: Bestehe nicht die Gefahr, daß nach Ostheim nur die Betriebe kommen, die man andernorts nicht haben will? Die anderen Kommunen des Zweckverbandes könnten sich die sauberen, steuerkräftigen Firmen in die eigenen Gewerbegebiete holen und die Umweltverpester nach Ostheim schicken, so die Vermutung, zumal ein mit 100 Mark pro Quadratmeter angesetzter Grundstückspreis sehr hoch sei.

Für Malsfeld würde das Gewerbegebiet einen Anstieg der Verkehrsbelastung bedeuten, entlastet würde lediglich Mel-sungen, so ein weitere Kritikpunkt.

Roland Albrecht, SPD, erinnerte an den Bürgerentscheid

von November 1996. Damals hatte sich die Mehrheit für ein Gewerbegebiet ausgesprochen. Das sei praktisch ein Auftrag an das Gemeindeparlament, das Gebiet jetzt auch zu schaffen. Dem Vorwurf, das finanzielle Risiko sei zu groß, hielt Albrecht entgegen, daß auch die 161 Arbeitslosen, die es in Malsfeld derzeit gebe, Geld kosten. Da sei es doch besser, Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Argumente der Opposition hätte man gegen jedes beliebige Gewerbegebiet ins Feld führen können, so Heinz Schneider, SPD. Die Firmen ließen sich nicht vorschreiben, wo sie sich ansiedeln wollen, so Schneider zur Befürchtung, daß der Zweckverband dies zuungunsten Malsfelds steuern könnte.

Und auch Bürgermeister Kurt Stöhr wandte sich entschieden gegen die Kritik. Er wunderte sich, wieviel Mißtrauen den anderen Mitgliedern des Zweckverbandes entgegengebracht werde. Momentan gehe es darum, das Baurecht zu erwirken.

Der erste Auftrag für die Er-

schließung gehe erst dann raus, wenn Bauwillige da sind. In Sachen Umweltschutz – ebenfalls mehrfach angesprochen während der Sitzung – sagte Stöhr, beim Klimagipfel in Kyoto sei die Initiative Interkommunales Gewerbegebiet als positives Beispiel zitiert worden, weil dadurch eine weitere Bebauung des Fuldatal durch die einzelnen Gemeinden vermieden werde.

Herbert Vaupel, SPD, stellte klar, daß der Grundstückspreis von 100 Mark/Quadratmeter nur dann gelte, wenn keine Fördermittel fließen. Sonst falle er niedriger aus.

In offener Abstimmung wurden bei 15 Ja-Stimmen und vier Enthaltungen Helmut Weber (SPD) und Klaus Otto (CDU) als Vertreter für die Verbandsversammlung gewählt. Genauso wurde über deren Stellvertreter abgestimmt. Die nächsten auf der Liste wären Karl-Heinz Reichmann (SPD) und Willi Rößler (CDU). Helmut Mutschler, FWG, hatte während dieser Abstimmung den Raum verlassen. (tns)

Baulandpreise festgelegt

BEISEFÖRTH ■ Erstmals hat Malsfeld die Erschließungskosten für ein Baugebiet von vornherein in den Quadratmeterpreis eingerechnet: 98 Mark soll der Quadratmeter im Neubaugebiet Nr. 6 in Beiseförth kosten. Bei einer Enthaltung und 19 Ja-Stimmen fiel die Entscheidung.

Man könne Bauland nicht mehr länger subventionieren, so Helmut Weber, SPD. Zumal auch Bauherrn von außerhalb kämen, die dann davon pro-

fitierten, daß Malsfelder hier schon lange ihre Steuern und Gebühren zahlten.

Früher verkaufte man das Land ohne Erschließung. Das habe für die Häuslebauer stets einen Unsicherheitsfaktor bedeutet, so Bürgermeister Kurt Stöhr, weil keiner genau wußte, was an Kosten noch auf ihn zukommt. Der Preis sei relativ hoch ausgefallen, da es im Baugebiet in Beiseförth durch einen „Buckel“ Probleme mit der Kanalisation gab. (tns)

Einstieg nach harter Debatte

Erst wurde hart, zum Teil polemisch debattiert, dann klar entschieden: Mit Ausnahme der Grünen stimmten alle Fraktionen des Melsunger Parlamentes für den Beitritt der Stadt zum Zweckverband Gewerbegebiet Ostheim.

MELSUNGEN ■ Sind das Interkommunale Gewerbegebiet Mittleres Fuldatal und der dafür notwendige Autobahn-

anschluß bei Ostheim segensreiche Weichenstellungen für eine zukunftsweisende Entwicklung? Oder ist es ökologischer und wirtschaftlicher

VON THOMAS STIER

Wahnsinn voller unüberschaubarer Risiken? Um diese Frage kreiste die Debatte am Mittwoch im Melsunger Stadtparlament, die zwischen Bündnis 90/Die Grünen und den anderen Fraktionen teilweise mit großer Härte geführt wurde.

Die Abstimmung am Ende war allerdings eindeutig: SPD,

CDU, FDP und FWG waren einstimmig für den Beitritt der Stadt zu dem zu gründenden Zweckverband „Mittleres Fuldatal“, Bündnis 90/Die Grünen dagegen. Zustimmung fanden die Grünen bei der SPD für ihre Forderung, die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen des Kreisteils nicht auf ein Projekt wie das Gewerbegebiet zu beschränken, sondern auch auf Bereiche wie Verkehr, Siedlung und Wohnen, Land- und Forstwirtschaft, Natur-, Umwelt- und Hochwasserschutz sowie Tourismus auszudehnen. Das aller-

dings ist Zukunftsmusik.

Eine Überraschung brachte die Wahl der Melsunger Vertreter für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes: Jochen Böhme-Gingold wird für die Grünen in das Gremium einziehen. Die drei Stimmen seiner Fraktion reichten dafür aus, weil CDU und FDP einen gemeinsamen Wahlvorschlag gemacht hatten (siehe Hintergrund).

Gewählt wurden außerdem für die SPD: Albin Schicker, Volker Wagner, Fritz Voit und Dieter Grün und für die CDU Barbara Braun-Lüdicke.

Grüne: Politisch und finanziell verantwortungsloses Handeln

Keine Chancen, sondern nur unabsehbare Risiken sehen die Grünen im Gewerbegebiet. Fraktionschef Jochen Böhme-Gingold sprach von „politisch und finanziell verantwortungslosem Handeln“. Allein Melsungen müsse 21 Millionen Mark der Kosten für die Erschließung und den Bau der Straßen tragen, ohne daß es echte Chancen gebe, das Geld wieder hereinzuholen.

Einen Bedarf für Industrieansiedlungen sah Böhme-Gingold nicht: „Wer sollte schon hier in der Provinz bauen?“ Schon heute gebe es ein Überangebot an Gewerbeflächen, in Thüringen zudem erheblich hö-

here Fördermittel. Beim Scheitern des Projektes, sei der Ausstieg für einzelne Mitglieder unmöglich, kritisierte er weiter. Der Beitritt Morschens ohne ausreichende Informationen sei „sträflicher Leichtsin“ gewesen.

Die Eingriffe in die Natur seien „ökologischer Wahnsinn“. Umwelt, Landschaft und Wasserwirtschaft würden zerstört. Das „stümperhafte“ Ausweisen der Flächen bei Ostheim zeige, daß das Gewerbegebiet nur ein Vorwand sei, um den Autobahnanschluß durchzusetzen. „Das ist ein gewaltiger Roßtäuschertrick“, sagte der Grüne.

CDU: Stillstand wäre Rückschritt

„Stillstand wäre Rückschritt“, begründete Dieter Altstadt die Zustimmung der CDU. Man müsse die Türen für die Zukunft offen halten gegen die Grünen Dauerverhinderer.

Den Kosten des Projektes käme eine hohe Bedeutung zu, doch dürfe man nicht schon im Vorfeld aufgeben, sondern müsse Gewerbegebiet und Autobahnanschluß jetzt „beherzt

angehen“. Altstadt wehrte sich gegen die Darstellung der Grünen, die Verbandsmitglieder müßten den Autobahnzubringer selbst bezahlen: „Bund und Land werden sich dabei nicht aus der Verantwortung stellen“, erklärte er. Auch er versprach sich von der neuen Straße eine spürbare Entlastung Melsungens vom Durchgangsverkehr.

FWG: Wichtig für die Region

Das „Riesenprojekt“ sei nötig, um neue Arbeitsplätze in einer strukturschwachen Region zu schaffen, erklärte Franz Obermayer (FWG). Jetzt gelte es, mit den nötigen Beschlüssen das gemeinsame Gewerbegebiet auf den Weg zu bringen. Sollte sich später herausstellen, daß es unrentabel ist, müsse aber auch wieder Stopp gesagt werden. Ob die jetzt im Raum stehenden Kosten für die Erschließung des Gebietes tat-

sächlich in dieser Höhe von den Mitgliedern aufgebracht werden müßten, könne heute noch gar nicht gesagt werden. Dies hänge wesentlich von der Höhe der Fördermittel ab.

Auch Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel warf den Grünen „Zahlenakrobatik“ vor. Auf ein paar Millionen käme es ihnen nicht an, wie die bis heute unbelegte Behauptung zeige, die Freibadsanierung würde 13 Millionen Mark kosten.

SPD: Risiken für Jahrhundertprojekt sind ausreichend abgesichert

Das Vorhaben, das nun von fünf Kommunen gemeinsam auf die Reise geschickt werden soll, werde weit ins nächste Jahrhundert hineinwirken. Es berge bei überschaubaren Risiken große Chancen zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, erklärte für die SPD Volker Wagner.

Der Standort in der „Provinz im Herzen Deutschlands“ biete mit seiner zentralen Lage, der Nähe zu Autobahn und Containerbahnhof, den vielen Facharbeiter und einer hervorragenden Infrastruktur Vorteile, die auch mit Thüringen konkurrieren könnten.

Für die Erschließungskosten von 38 Millionen Mark gebe es genügend Risikoabsicherungen, die das Wagnis in Grenzen hielten, betonte Wagner. So stehe fest, daß auch nach Abschluß der Planung ein Ausstieg möglich sei. Das finanzielle Risiko für Melsungen liege zwischen 150 000 und 340 000 Mark. Zudem werde

das Gebiet nur abschnittsweise erschlossen, die Kosten würden sich also auf Jahre verteilen.

Die Grünen versuchten den Anschein zu erwecken, die gesamten Investitionskosten müßten als Risiko abgedeckt werden. Tatsächlich aber handele es sich um rentierliche Kosten, weil ein Gegenwert geschaffen werde, der wieder Geld in die Kassen bringe.

Eine Nachfrage nach der Gewerbefläche werde sich natürlich erst einstellen, wenn auch ein Angebot bestehe und durch den Zweckverband ein Verhandlungspartner vorhanden sei. Selbstverständlich könnten auch erst nach der Gründung des Verbandes Zuschüsse von Bund und Land beantragt werden. Wagner sprach sich dagegen aus, jeden Eingriff in die Natur als „ökologischen Wahnsinn“ abzutun. Die Ausweisung eines gemeinsamen Gewerbegebietes sei umweltschonender, als an verschiedenen Orten solche Flächen auszuweisen.

FDP: Wir sind keine Hasardeure

Das gemeinsame Vorhaben der fünf Kommunen biete die einmalige Möglichkeit, im Rahmen eines Modellversuches neue Arbeitsplätze zu schaffen und bestehende zu erhalten, betonte Heinrich Grede (FDP). Mit dem geringstmöglichen Eingriff in die Natur könnten die Mitglieder interessierten Unternehmen ein Angebot machen, die Zersplitterung auf mehrere Flächen würde dadurch vermieden. Schon heute gebe es Interesse an dem Gebiet, das aber erst konkret werden könne, wenn den Unternehmen auch ein Angebot gemacht werden könne.

„Die Grünen tun so, als seien wir alles Hasardeure und Blödköpfe“, verwarf er sich Grede gegen die Vorwürfe Böhme-Gingolds. Dabei handele es sich um ein förderungswürdiges Modell „für unsere Kinder“, das es wert sei, ein überschaubares Risiko einzugehen. Die Grünen beschränkten sich darauf, Natur erhalten zu wollen, ohne selbst Vorschläge für eine Zukunftsgestaltung zu machen.

Der Autobahnanschluß und die Verbindungsstraße zur B 83 sei ebenso wichtig und werde für Melsungen und die Hochland-Dörfer eine erhebliche Verkehrsentslastung bringen.

Grüner Maulwurf

Wenn sich der Zweckverband Gewerbegebiet Ostheim daran macht, das Feld für das große Zukunftsprojekt zu beackern, wird im Untergrund ein grüner Maulwurf wühlen. Völlig überraschend ist es Jochen Böhme-Gingold, Fraktionschef von Bündnis 90/Die Grünen im Melsunger Stadtparlament und vehementer Gegner des gemeinsamen Gewerbegebietes, gelungen, Mitglied in der Verbandsversammlung zu werden.

Wegen der besonderen Gesetze eines Zweckverbandes könnte sich die Mitgliedschaft Böhme-Gingolds zu einer schweren Hypothek entwickeln. Denn: Paragraph 5, Absatz 2 der Satzung legt fest, daß die Vertreter eines Verbandsmitgliedes nur einheitlich abstimmen dürfen. Legt sich nur einer der sechsköpfigen Gruppe quer, sind automatisch alle anderen Stimmen ungültig.

Im Klartext heißt das: Der Grüne kann durch sein Abstimmungsverhalten im Zweckverband dafür sorgen, daß mit Melsungen die größte Kommune mit den meisten Stimmen faktisch keinen Einfluß auf die Entwicklung nehmen kann, weil bei allen Entscheidungen die Stimmen der Stadt unter den Tisch fallen.

Trotz einer übergroßen Mehrheit aus allen anderen Fraktionen für das Gewerbegebiet und den Autobahnanschluß hat das Parlament damit den Gegnern des Projektes eine beispiellose Veto-Position in die Hände gespielt. Und das auch

noch ohne Not, denn mit etwas mehr Voraussicht wäre dieser Wahlausgang leicht vermeidbar gewesen.

Der Fehler liegt bei CDU und FDP, die einen gemeinsamen Wahlvorschlag gemacht hatten, anstatt je eine eigene Liste vorzulegen, die jeder der beiden Fraktionen einen Sitz garantiert und die Grünen außen vor gehalten hätte. Weil dann auch noch drei Christdemokraten und ein FDP-Mitglied bei der Abstimmung fehlten, schaffte neben den vier SPD-Vertretern nur noch Barbara Braun-Lüdicke (CDU) den Sprung in die Verbandsversammlung. Ausgerechnet die Wirtschaftspartei FDP ist beim wichtigsten Projekt für die wirtschaftliche Zukunft des Kreisteils überhaupt nicht mit im Boot.

Da sitzt jetzt unvermittelt Jochen Böhme-Gingold auf der Steuerbank. „Aber ja“, lachte der und hieb vernügt auf den Tisch, als er gefragt wurde, ob er die Wahl annehme. Wie will er die ihm so unvermutet in den Schoß gefallene Machtfülle nutzen? „Sachlich, wie es meine Art ist“, entgegnet er. Es gehe ihm nicht um Machtpolitik, sondern um Inhalte. Wie er künftig im Verband abstimmen werden, könne er jetzt natürlich noch nicht sagen.

Aber: „Es kann dem Zweckverband nur gut tun, wenn er einen konstruktiv-kritischen Begleiter hat. Das ist jetzt keine geschlossene Gesellschaft mehr, sondern ich werde für Öffentlichkeit sorgen“, kündigt er an.

Thomas Stier

HNA v. 24.3.98

Klemm genehmigt Gewerbebläche

Da jetzt ein Autobahnanschluß und ein Zubringer bei Ostheim geplant sind, genehmigt Hessens Wirtschaftsminister Lothar Klemm dort eine Gewerbebläche.

40 Hektar bei Ostheim genehmigt. Das teilt der hessische Wirtschafts- und Verkehrsminister Lothar Klemm in einer Presseerklärung mit. Bei einem Planänderungsverfahren werde das in den Regionalen Raumordnungsplan Nordhessen aufgenommen.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Die hessische Landesregierung hat eine Gewerbebläche von circa

Die Fläche sei 1995 nicht im Raumordnungsplan ausgewiesen worden, weil vor allem die Verkehrsanbindung fehlte. Nunmehr erhalte die Gewerbebläche, die direkt an der Autobahn A 7 liege, planerisch einen Autobahnanschluß und einen Autobahnzubringer.

Anzeige

Sonderkreditprogramm für Ihr Traumauto

6,75 %*

Festzins

Laufzeit 47 Monate

Anf. eff. Jahreszins: 6,98 %



Sparda-Bank

freundlich & fair

Filia le Melsungen
Vors tadt 4 · 34212
Melsungen
Tel. 0 56 61/73 79-0

* Stand: 5.3.98

Die Entwicklung einer Gewerbebläche bei Ostheim biete ein optimales Angebot für die Ansiedlung überregional bedeutsamer Betriebe und damit die Chance für einen ökonomischen Impuls und für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Das Projekt komme durch die Entlastung des Fuldatals, die Rückstufung beziehungsweise den Rückbau von Landes- und Kreisstraßen auch der Umwelt zugute. Die Melsunger Ortslage werde vom Schwerlastverkehr entlastet.

Klemm, der auch für die Landesentwicklung verantwortlich ist, hob hervor, daß es sich bei dem Vorhaben um ein Gemeinschaftsprojekt mehrerer Städte und Gemeinden handle. Es sei Linie der Landesregierung, solche Kooperationen zu ermöglichen. (eg)

GEWERBEGEBIET

HNA v. 24.3.98

Gemeinschaftsliste lehnt Satzung und Kostenplan ab

MALSFELD ■ Die Malsfelder Fraktion der Gemeinschaftsliste (GL) akzeptiert den Bürgerentscheid für das Gewerbegebiet Ostheim; sie akzeptiert aber nicht die Bedingungen für dessen Realisierung. Damit sind die Satzung über den Beitritt und der Kosten- und Finanzierungsplan gemeint. Das geht aus einer Pressemitteilung der Fraktion hervor.

In dem zu gründenden Zweckverband erhalte die Ge-

meinde nur zwei von 18 Mandaten. Damit sei die Einflußnahme „gleich null“. Dabei sei die Geruchs- und Lärmbelästigung für Ostheim, Elfershausen und Dagobertshausen besonders groß.

Die Planungsstudie der Gesellschaft für Kommunalbau sei „lückenhaft und wenig aussagekräftig“. Eine Informationsveranstaltung wie in Körle wäre sinnvoll gewesen, „war aber offensichtlich nicht ge-

wünscht“. So stelle die Studie beispielsweise für den Autobahnzubringer ein Modell der privaten Finanzierung vor. Das diene den Interessen der Melsunger Unternehmen in den Pfiesswiesen und der Stadt Melsungen. Eine klare Aussage zur Ortsumgehung Ostheim finde sich in der Studie nicht. Weiterhin bestünden noch Fragen bezüglich der Wasserversorgung und der Entwässerung. Und es seien keine Aussagen

über öffentliche Fördermittel getroffen worden.

„Welche Betriebe warten denn auf die Ostheimer Gewerbeblächen?“ fragt die Gemeinschaftsliste. In der Umgebung seien genügend Flächen mit der erforderlichen Infrastruktur und einem Autobahnanschluß vorhanden. So tippt die GL auf „solche, die wegen deren Immissionen in den eigenen Gewerbegebieten nicht gerne gesehen sind“. (iko)

Kabinettsbeschluß steht aus

Die Landesregierung hat dem Gewerbegebiet Ostheim doch noch nicht zugestimmt. Das Verkehrsministerium rechnet aber damit, daß der Beschluß in der nächsten Kabinetts-Sitzung gefaßt wird.

MELSUNGEN ■ „Da waren wir wohl etwas früh.“ Mit diesen Worten kommentierte Felix Stenschke, Sprecher des hessi-

VON THOMAS STIER

schen Verkehrsministeriums, die Mitteilung von Verkehrsminister Lothar Klemm, das Kabinett habe dem geplanten interkommunalen Gewerbegebiet bei Ostheim bereits zugestimmt (HNA berichtete). Tatsächlich sei der Beschluß aus „technischen Gründen“ nicht gefaßt worden, erklärte Stenschke auf HNA-Anfrage.

Immerhin: Sowohl das Innen-, Finanz- und Verkehrsministerium hätten ebenso wie die von Grünen geführten Umwelt- und Justizministerien keine Bedenken gegen das Vorhaben einer gemeinsamen Gewerbefläche an der Autobahn und die damit verbundenen Straßenbauten angemeldet. Eine Zustimmung zur Aufnahme des Projektes in die Regionale Raumordnungsplanung durch das Kabinett sei nur noch eine Formsache und solle in einer der nächsten Kabinetts-Sitzungen erfolgen.

Das Land werde den Wün-

schen der Regionalen Planungsversammlung entsprechen, weil sie sich mit den Zielen Wiesbadens decke, betonte Stenschke. „Wir wollen durchsetzen, daß es nur ein Gewerbegebiet gibt und nicht viele kleine.“ Durch den Zusammenschluß von Melsungen, Malsfeld, Spangenberg, Morschen und Felsberg könnten eigene Gewerbegebiete in den Mitgliedskommunen überflüssig, die Flächen ökologisch genutzt werden.

Kosten völlig offen

Stenschke wandte sich dagegen, schon jetzt mit Kosten in Millionenhöhe zu jonglieren, die das Projekt verursachen könnte: „Wir haben zwei Eckpunkte formuliert: Einen neuen Autobahnanschluß bei Ostheim

und die Konzentration von Gewerbeflächen an dieser Stelle. Alles andere wird sich zeigen, eine Finanzierungsplanung kann es jetzt noch gar nicht geben.“

Keine Bedenken

Der Sprecher des Verkehrsministeriums bestätigte, daß der Bund bereit sei, einen zu bauenden Autobahnzubringer von der B 83 nach Ostheim als Bundesstraße auszuweisen, wenn „Dritte“ den Bau der Straße bezahlen und der heutige Autobahnzubringer Melsungen, die B 253, von der Klassifizierung „Bundesstraße“ zurückgestuft wird. Der Bund würde lediglich die Kosten für die neuen Ab- und Zufahrten zur A 7 tragen. Aus den Nach-

barländern habe es keine Bedenken gegen einen neuen Anschluß Ostheim gegeben.

Straßenrückbau

Melsungens Grüne hatten gegenüber der HNA erklärt, die Landes- und Kreisstraßen im Hochland, die durch die neue Verbindungsstraße von der B 83 überflüssig würden, müßten allein auf Kosten der Mitgliedskommunen des Zweckverbandes zu Feldwegen zurückgebaut werden, was Kosten zwischen 20 und 30 Millionen Mark verursachen würde.

Dies, so Stenschke, sei so nicht richtig. Grundsätzlich bestehe die Möglichkeit, daß sich die Kosten, deren Höhe derzeit gar nicht abzusehen seien, zwischen Land und Kommunen geteilt würden.

„Nicht zerreden“

Diese Einschätzung teilt auch Malsfelds Bürgermeister Kurt Stöhr, der zudem die Rückbaukosten für überschaubar hält. Dies aber heute schon zu diskutieren, bedeute, den vierten vor dem ersten Schritt zu tun, warnte der Verwaltungschef. „Wir müssen damit aufhören, das Vorhaben jetzt andauernd zu zerreden, und uns planmäßig an seine Verwirklichung herankämpfen“, sagte Stöhr zur HNA. Die jetzt im Raum stehenden Kosten seien nicht mehr als grobe Schätzungen. Erst nach Vergabe eines konkreten Planungsauftrages könne deutlich werden, wie teuer die ganze Geschichte wird.

Warten auf Felsberg

Eigentlich sollte der Zweckverband „Mittleres Fuldataal“ am 20. April aus der Taufe gehoben werden. Doch weil Felsberg zu dem Thema eine Sondersitzung des Parlamentes angesetzt hat und das Thema von der Tagesordnung der jüngsten Stadtverordnetenversammlung heruntergenommen wurde, mußte dieser Termin verschoben werden.

Die Felsberger werden nun in der Sondersitzung am 20. April über den Beitritt zum Zweckverband beraten, der von Melsungen, Malsfeld und Spangenberg sowie dem

Schwalm-Eder-Kreis bereits beschlossen wurde.

In Morschen muß der bereits einmal erklärte Beitritt erneuert werden, weil durch den Rückzug Körles eine neue Situation bei der Verteilung der Kosten auf die Mitgliedskommunen entstanden ist. Erst, wenn alle fünf Städte und Gemeinden im Boot sitzen, kann mit der Gründung des Zweckverbandes der erste konkrete Schritt auf dem Weg zu Gewerbegebiet, Autobahnanschluß und Verbindungsstraße gemacht werden. (tom)

„Planänderung hat attraktive Seiten“

Aus Sicht der Grünen hat die Änderung der Pläne für das Gewerbegebiet Ostheim durchaus seine attraktiven Seiten.

KREISTEIL MELSUNGEN ■

„Nicht nur technische Gründe, sondern auch eine Reihe von Unklarheiten“ rund ums geplante Gewerbegebiet in Ostheim sind ausschlaggebend dafür, daß die hessische Landesregierung den Regionalen Raumordnungsplan Nordhessen noch nicht entsprechend geändert hat. Das meint Jürgen Blutte, Landtagsabgeordneter

von Bündnis 90/Die Grünen. Nach gemeinsamer Erörterung der vorgesehenen Planänderungen mit Kommunalpolitikern der Grünen vor Ort und dem verkehrs- und planungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktion, Frank Kaufmann, hätten sich eine Reihe von offenen Fragen ergeben, die zunächst geklärt werden müßten, heißt es in einer Pressemitteilung.

Der vorgesehene Beschluß der Landesregierung beziehe sich auf eine andere Fläche als die, die in den Kommunalparlamenten in Malsfeld und Melsungen vorgestellt worden sei.

Ferner sei völlig offen, auf welche bislang geplanten Gewerbeflächen die Gemeinden zugunsten der gemeinsamen Ausweisung verzichten wollten.

Rückbau

Schließlich gebe es unterschiedliche Aussagen zur Frage der Abstufung beziehungsweise des Rückbaus von Straßen im Zusammenhang mit dem geplanten Neubau der B 253 zwischen dem neuen Autobahnanschluß Ostheim und Malsfeld. Ungeklärt sei außerdem, wer dafür die Kosten trage.

Blutte und Kaufmann beto-

nen, daß die vorgesehene Planänderung aus Sicht der Grünen auch attraktive Seiten habe. So könne dabei auf den Bau von Umfahrungsstraßen verzichtet und erstmals als Ausgleich für einen Neubau auch vorhandene Straßenstrecken zurückgebaut werden.

Die Planung eines Gewerbegebietes sei als Gemeinschaftsprojekt mehrerer Kommunen ein besserer Weg als der übliche Wettlauf konkurrierender Gemeinden bei der Ausweisung von Gewerbegebieten, teilt der Landtagsabgeordnete mit.

„Wichtige Informationen für Gewerbegebiet fehlen“

MORSCHEN ■ Nach dem Rückzieher der Gemeinde Körle zum angestrebten Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Mittleres Fuldata sind die Kosten für die verbleibenden Mitgliedskommunen wieder offen – also auch für Morschen. Dies sei gut so, meinen die Morschener Grünen. Denn: „Zum Zeitpunkt der Morschener Beitrittserklärung am 16. Dezember 1997 lagen für eine solch wichtige Entscheidung nur unzureichende Informationen vor.“

Ebenso herrsche Unsicherheit über die geplante Gewerbefläche und über die neue Verkehrsregelung im Zusammenhang mit dem geplanten Autobahnzubringer. Es sei zweifelhaft, ob eine unter diesem geringen Informationsstand von der Gemeindevertretung getroffene Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht Bestand habe, heißt es in einer Pressemitteilung.

Übereilte Entscheidung?

„Doch anstatt dieses Thema, das in der Öffentlichkeit ernsthaft und kontrovers diskutiert wird, ausführlich zu behandeln, bahnt sich wieder eine übereilte Entscheidung an, in der die Angelegenheit schnell über die parlamentarische Bühne gebracht werden soll“, meinen die Grünen. Denn: Am heutigen Donnerstag, also noch in den Osterferien, die für die ehrenamtlichen Mandatsträger aus gutem Grund bisher stets sitzungsfrei gehalten wurden, ist in einem einstündigen Abstand eine Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und eine Gemeindevertretersitzung für dieses Thema anberaumt, beklagt Andreas Gründel. Es sei daher zu erwarten, daß das

Kommunalparlament dünn besetzt sei, was der Tragweite dieser Entscheidung nicht gerecht werde.

„Unterlagen fehlen“

Gründel beklagt außerdem, daß – wie schon in der Dezembersitzung – als Anlage der Sitzungseinladung, die Kosten- und Finanzierungsübersicht fehle. Weiterhin fehle wiederum eine Anlage des Satzungsentwurfes, aus dem die Fläche des geplanten Gewerbegebietes hervorgehe. Dies sei deshalb von Bedeutung, da der Zweckverband von einer deutlich größeren Fläche für das Gewerbegebiet ausgehe, als es dem bisherigen Kenntnisstand der Morschener Gemeindegremien entspreche. „Wie soll in der knappen Stunde der Haupt- und Finanzausschußsitzung ernsthaft beraten werden, wenn den Fraktionen diese wichtigen Informationen fehlen?“ so Gründel.

Antrag

Unabhängig vom persönlichen Standpunkt zu diesem Vorhaben sei es im Interesse der Gemeinde Morschen notwendig, alle Fakten zu diesem Thema zusammenzutragen, eine aufrichtige Diskussion zu führen und dann für oder gegen die Teilnahme am Interkommunalen Gewerbegebiet Mittleres Fuldata zu stimmen. Gründel kündigte an, daß die Grünen in diesem Sinne einen Antrag stellen werden, nach Vorlage aller Unterlagen das Thema nochmals in den Ausschüssen zu beraten und anschließend in der Gemeindevertretung als Tagesordnungspunkt aufzunehmen.

(nh)

„Grüne verhindern Gewerbegebiet Ostheim“

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Eine verbal positive Kommentierung täusche darüber hinweg, daß die Grünen dabei seien, das gemeinsame Gewerbegebiet Ostheim zu verhindern, erklärte der FDP-Landtagsabgeordnete Dieter Posch.

Wer die Ausweisung des Gewerbegebietes Ostheim mit einem Neubau der B 253 als Autobahnanschluß in einem unabdingbaren Zusammenhang stelle, wolle in Wahrheit das

Projekt zum Scheitern bringen. Nach Ansicht von Posch sei die Sache nach mehrjähriger Beratung längst entscheidungsreif. Er fordert die SPD der betroffenen Städte und Gemeinden auf, „sich nicht weiter von den Grünen auf der Nase rumtanzen zu lassen“. Abwegig sei auch die Behauptung der Grünen Kaufmann und Blutte, es sei völlig offen, auf welche bislang geplanten Gewerbeflächen verzichtet werden solle. Gerade

dies sei Gegenstand des Änderungsverfahrens. Nur bei Aufgabe anderer Flächen sei die Landesregierung bereit gewesen, eine Änderung des Regionalen Raumordnungsplans vorzunehmen.

Wenn die Grünen darüber hinaus behaupteten, der vorgesehene Beschluß der Landesregierung zum Gewerbegebiet Ostheim beziehe sich auf eine andere Fläche als die, die in den Kommunalparlamenten

Malsfeld und Melsungen vorgestellt worden sei, entzögen sie dem jetzigen Verfahren jede Grundlage. Sie bestätigten damit der von ihnen getragenen Landesregierung, daß diese unfähig sei, ein Änderungsverfahren ordnungsgemäß umzusetzen. In Wahrheit, so Posch, gehe es um Sperrfeuer, um alles zu verhindern. Zur Klärung der Situation kündigte Posch daher eine parlamentarische Initiative im Landtag an. (nh)

Beschluß über Beitritt vertagt

Die Morschener Gemeindevertreter wollen wissen, was für Einnahmen durch das Gewerbegebiet Ostheim zu erwarten sind. Erst dann wollen sie über den Beitritt zum Zweckverband abstimmen.

MORSCHEN ■ Das Morschener Gemeindeparlament hat der veränderten Satzung des Zweckverbands „Interkommunales Gewerbegebiet“ nicht zugestimmt. Die Gemeindevertreter folgten bei ihrer Sitzung am Donnerstag abend damit einstimmig und ohne Debatte der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses. Die Satzungsänderung und damit die erneute Abstimmung waren nach dem Ausstieg Körles aus dem Gemeinschaftsprojekt notwendig geworden (HNA berichtete).

Der Ausschuß hatte vorgeschlagen, der Gemeindevorstand solle erst einmal Informationen bezüglich der Einnahmen beschaffen. Erst dann solle das Parlament über den Beitritt Morschens zu dem noch zu gründenden Zweckverband „Mittleres Fuldataal“ entscheiden.

„Sonstige Einnahmen“

In der Satzung steht, der Verband solle alle betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten, alle staatlichen und sonstigen Zuschüsse ausschöpfen. Soweit seine „sonstigen Einnahmen“ nicht ausreichen, erhebe der Verband von seinen Mitgliedern jährlich Umlagen für die

Deckung der Ausgaben im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt. Diese „sonstigen Einnahmen“ werden nicht näher präzisiert.

Der Anteil Morschens und aller anderen beteiligten Städte und Gemeinden an den Kosten dagegen steht fest. Er liegt für Morschen jetzt bei 11,11 Prozent, vor Körles Ausstieg waren es 10,53 Prozent.

Einwohnerzahlen

Die Basis für die Verteilung der Kosten bilden die Einwohnerzahlen der beteiligten Orte. Melsungen mit seinen 13 931 Einwohnern liegt mit einem

Anzeige

TAXI

Inh. U. Niedzwetzki

30 60
+ 38 92

Dialyse-, Bestrahlungs- und Krankenfahrten, sitzend und liegend, Kurierdienst, Flughafen-, Bahntransfer, Rollstuhltransport, Kleinbus für 8 Personen

Anteil von 33,33 Prozent an der Spitze. Morschen (3998 Einwohner) und Malsfeld (4270 Einwohner) sind die beiden kleinsten beteiligten Gemeinden und liegen demzufolge mit ihren Anteilen am niedrigsten.

Im Dezember hatte das Morschener Parlament dem ursprünglichen Satzungsentwurf zugestimmt. Damals hatten lediglich die Grünen das Konzept abgelehnt.

(iko)

INTERKOMMUNALES GEWERBEGEBIET

Angst vor Kosten und Verkehr

Die Mitglieder des Felsberger Haupt- und Finanzausschusses sowie des Bau- und Umweltausschusses informierten sich umfassend über das geplante Interkommunale Gewerbegebiet bei Ostheim.

FELSBERG ■ Lohnt sich das Mitmachen beim Interkommunalen Gewerbegebiet bei Ostheim für die Stadt Felsberg? Ist das finanzielle Risiko womöglich zu hoch? Wie sieht es mit der vermutlich höheren Verkehrsbelastung aus? Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Bau- und Umweltausschusses hatten viele Fragen.

Die einen zeigten sich zustimmend interessiert, andere eher skeptisch. So viele Informationen zu sammeln wie möglich, war der Grund für die gemeinsame Sitzung am Montagabend im Dorfgemeinschaftshaus Rhünda. Eine Beschlussempfehlung fürs Parlament, das am 14. Mai entscheidet, soll in einer späteren Ausschusssitzung verabschiedet werden.

Um es gleich vorweg zu nehmen: Friedrich-Michael Fillies, Leiter der Niederlassung Kassel der GKH - Gesellschaft für Kommunalbau in Hessen, Projektleiter Ralf Suhr (GKH) und Hans-Georg Korell (Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung bei der Kreisverwaltung) räumen dem Interkommunalen Gewerbegebiet gute Chancen ein. Weg vom Kirchturmdenken, hin zur Diskussion auf regionaler Ebene, riet Fillies den Ausschußmitgliedern. Die Frage müsse lauten: Welche Vorteile bringt es uns allen? Der Absprung Körles habe dem Projekt weh getan, bedauerte Fillies.

Risiko verteilen

Mit einem gemeinsamen Projekt würden auch die Risiken geringer, die die Kommunen sonst jeweils allein für ihre Gewerbegebiete und die Unternehmen tragen müßten. Felsberg wisse, was das bedeute, meinte Bürgermeister Klaus Stiegel mit Blick auf den Fröhlich-Konkurs und den Ausfall von Gewerbesteuererinnahmen.

Von einem guten Standort sprach Hans-Georg Korell. Rein hypothetisch könnten lang-

fristig bis zu 1900 Arbeitsplätze entstehen. Allerdings, da waren sich die Fachleute einig, werden die Grundstücke auf dem 38 000 Hektar großen Gelände nicht binnen weniger Jahre verkauft sein. Interesse sei aber bei Unternehmern prinzipiell vorhanden. Jetzt müsse eine Angebotsplanung erstellt werden, sagte Korell. Zwei Dinge seien für Firmen bei der Ansiedlung entscheidend: Standort und Preis zum einen sowie das Vorhandensein geeigneter Arbeitskräfte zum anderen.

Wie hoch ist das finanzielle Risiko? Das wurde mehrfach gefragt. 505 000 Mark müssen für die Vorplanung riskiert werden, für Felsberg wären das anteilmäßig rund 140 000 Mark. Sollte sich nach der Vorplanung herausstellen, ein Interkommunales Gewerbegebiet lohnt nicht, wären diese 140 000 Mark verloren, sagte Stiegel.

Weiter rechnete er vor: Sollte es keine 40prozentige Förderung vom Land geben, müßte der Preis für einen Quadratmeter inklusive Erschließungskosten bei etwa 100 Mark liegen. Für die Kommunen würden sich Ausgaben und Einnahmen gegeneinander auf-

heben. Bei einer Landesförderung von 40 Prozent - und die wird erwartet - läge der Preis bei etwa 60 Mark. „Ein durchaus interessantes Angebot“, so Stiegel.

Neue Straße

Bei dieser Berechnung sind allerdings die Kosten für die neue Anbindung des Gewerbegebietes nach Malsfeld außen vor. Deren Planung müsse unmittelbar nach Gründung des Zweckverbandes angegangen werden.

Der Verkehrsbelastung in Felsberg galt die weitere Sorge der Ausschußmitglieder. Die Probleme in Felsberg seien schon groß genug. Man könne keine Bedingungen stellen - etwa für eine Ortsumgehung -, sagte Fillies. Es müsse wachsen. Vor Jahren habe auch niemand gedacht, daß es in Malsfeld einmal einen Containerbahnhof geben würde, meinte er als Beispiel für eine Entwicklung, die man kaum voraussehen könne.

Wegen der Verkehrsplanung noch einmal mit Fachleuten reden, dazu riet Haupt- und Finanzausschußvorsitzender Dr. Gert Meyer. (bmn)

CDU Morschen fordert mehr Fakten vor Entscheidung

MORSCHEN ■ Die CDU-Fraktion Morschen möchte mehr Informationen zum Thema Gewerbegebiet Ostheim haben. Das macht sie in einer Presseerklärung deutlich. Die Gesellschaft für Kommunalbau in Hessen (GKH) habe schon im Januar eine Ausarbeitung zur Kosten- und Finanzierungsübersicht erarbeitet, so die CDU. Andere Gemeinden hätten deren Fraktionen über diese Ausarbeitung informiert. Die Gemeinde Morschen habe dies nicht weitergegeben.

Die CDU-Fraktion habe sich die Ausarbeitung von anderen

Gemeinden besorgt und sich auch mit der GKH in Verbindung gesetzt. Dort habe man ihr eine Erläuterung der Ausarbeitung zugesichert. Die CDU fordere ein erläuterndes Gespräch mit der GKH.

Es lägen mit dieser Ausarbeitung Plandetails auf dem Tisch, die für die neuerliche Entscheidung der Gemeinde Morschen über die Satzung wichtig seien. So sei in der Satzung unter anderem verankert, daß der Zweckverband mit Aufgaben betraut sei, die finanzielle Verpflichtungen zur Folge hätten. Für Morschen

seien die Kosten mit 4,2 Millionen Mark beziffert worden, die sich auf sieben Jahre verteilen.

In der Ausarbeitung sei aber nicht konkret auf Einnahmen eingegangen worden. Doch zu erwartende Zuschüsse und Steuerschätzungen gehörten ebenso in eine solche Ausarbeitung. Ein weiterer Problem punkt in der Satzung sei, daß Morschen nicht allein über einen Ausstieg entscheiden könne. Lediglich zwei Drittel aller Mitglieder könnten eine solche Entscheidung herbeiführen. Eine andere Frage sei, wie der Morschener Haushalt mit

dem Haushalt des Zweckverbandes abgestimmt werde.

Die CDU-Fraktion Morschen befürwortet prinzipiell nach wie vor ein gemeinsames Gewerbegebiet in Ostheim. Doch alle strittigen Punkte und offenen Fragen müßten vor einer Entscheidung über die Satzung noch intensiver vorbereitet und besprochen werden. „Wer würde denn im privaten Bereich Entscheidungen treffen, die ins Geld gehen, ohne daß Einnahmeerwartungen oder Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Tisch liegen?“ fragt die CDU. (iko)

GEWERBEGEBIET OSTHEIM

Blutte weist Aussagen Poschs zurück

MELSUNGEN ■ Der Grüne Landtagsabgeordnete Jürgen Blutte hat die Äußerungen seines FDP-Kollegen Dieter Posch, die Grünen wollten das gemeinsame Gewerbegebiet Ostheim verhindern, scharf zurückgewiesen. Offensichtlich, so Blutte in einer Pressemitteilung, kenne Posch weder den Beschluß der Regionalversammlung für die Planungsregion Nordhessen noch die entsprechende Kabinettsvorlage zum Änderungsverfahren des Regionalen Raumordnungsplanes.

Es seien nämlich nicht die Grünen, die ein Zusammenhang zwischen dem Gewerbegebiet und seiner Verkehrsanbindung an Autobahn und an die B 83 herstellten, sondern

die beteiligten Gemeinden und die Regionalversammlung Nordhessen. Allerdings mache auch nach Ansicht der Grünen ein Gewerbegebiet mit Autobahnanschluß Ostheim ohne vernetzte Anbindung ans Industriegebiet Pfieffewiesen und den Containerbahnhof Beiseförth keinen Sinn. Ohne eine solche Anbindung käme ein Gewerbegebiet für die Grünen in der Tat nicht in Frage, erklärte Blutte.

Er habe keinen Zweifel, daß die rot-grüne Landesregierung ein Änderungsverfahren zum Regionalen Raumordnungsplan ordnungsgemäß umsetzen könne, erklärte Blutte. Die beteiligten Gemeinden müßten allerdings erklären, warum verschiedene Flächen dafür vor-

gestellt würden.

Ziel der Grünen sei es, daß bei der Schaffung eines Gewerbegebietes bei Ostheim nicht mehr Flächen versiegelt als gleichzeitig zurückgebaut werden. Blutte: „Eine zusätzliche weitere Versiegelung von Böden darf es nicht geben.“

Selbst wenn der Regionale Raumordnungsplan geändert werde, sei noch nicht gesichert, daß das Gewerbegebiet auch erschlossen und bebaut werde, meinte Blutte. Bauleitplanung und Umweltverträglichkeitsprüfung seien auch dann noch völlig offen, ganz zu schweigen von der Finanzierung der prognostizierten Gesamtkosten von rund 75 Millionen Mark.

(tom)

„Chance ist jetzt am größten“

Das Felsberger Parlament wird in der nächsten Woche über den Beitritt Felsbergs zum Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet entscheiden. Der Haupt- und Finanzausschuß hat sich mit deutlicher Mehrheit dafür ausgesprochen.

FELSBERG ■ Leicht gemacht haben es sich die Mitglieder des Felsberger Haupt- und Finanzausschusses (HaFi) nicht, bis sie am Donnerstag darüber abstimmten, wie die Beschlussempfehlung fürs Parlament aussehen soll. Doch schließlich fiel die Abstimmung eindeutig aus: SPD und CDU sagten ja zum Beitritt, der Vertreter der Grünen stimmte mit Nein (die FWG ist im HaFi nicht vertreten).

Nach der Informationsveranstaltung in Rhünda (wir be-

richteten) waren immer noch Fragen offen, zum Beispiel nach den Kosten. Von 38 Millionen Mark wird ausgegangen, verteilt auf die fünf Kommunen, die mitmachen wollen. Die von Peter Hammerschmidt (Die Grünen) vorgelegte Kostenaufstellung über eine Gesamtsumme von 74,7 Mio. Mark bezeichnete Bürgermeister Klaus Stiegel als so nicht richtig. Darin seien auch die Kosten für den Straßenbau enthalten, die nicht von den Mitgliedern des Zweckverbandes zu tragen seien. Man müsse den Autobahnzubringer vom Fuldatal zum Gewerbegebiet (27 Mio. DM), den Autobahnanschluß an die A 7 (3,7 Mio. DM), die Nordumgehung Ostheim (4 Mio. DM) und die Projektleitung dafür (1,77 Mio. DM) herausrechnen. Dann sei man bei den genannten 38 Millionen Mark.

Außerdem dränge die Zeit, machte Stiegel deutlich. Jetzt seien alle Signale für eine För-

derung vorhanden, was auch von den Landtags-Grünen getragen werde. „Wenn wir Zeit verstreichen lassen, kann es zu spät sein“, sagte der Bürgermeister nicht zuletzt im Hinblick auf weniger EU-Fördergelder ab 2002. Und: „Die Chance ist jetzt am größten.“

Resolution

Er verwies darauf, daß bereits am 6. März 1997 sich die Stadtverordneten bei 27 Ja- und zwei Nein-Stimmen, eingewesen seien und eine Resolution mit dem Ziel Interkommunales Gewerbegebiet und Autobahnzubringer bei Ostheim verabschiedet hätten.

Nach der Abstimmung über die Beschlussempfehlung wurde darauf verwiesen, daß fünf Parlamentarier als Vertreter ihrer Stadt für den Zweckverband zu benennen sind – außerdem Stellvertreter. Auch darüber wird in der Stadtverordnetenversammlung am 14. Mai, ent-

schieden. Die Felsberger Zweckverbandsvertreter sollen gleich in der ersten Sitzung auf eine verbindliche Vereinbarung drängen, daß nach der Vorplanung und der Klärung der

Anzeige

KOCH

SÄGEBLÄTTER
- Fachmarkt -

Kassel-Wilhelmshöhe
Bremelbachstr. 14
Nähe IC-Bahnhof
☎ 05 61 / 3 26 30

Zuschüsse darüber entschieden wird, ob weitergemacht wird.

Zuschüsse oder nicht

Der Bürgermeister hatte zuvor betont, daß es sich lohnen werde, das Interkommunale Gewerbegebiet voranzutreiben, wenn es einen 40prozentigen Zuschuß gebe. Stiegel: „Ohne Förderung wäre der Plan gestorben. Liegen die Zuschüsse irgendwo dazwischen, muß abgewogen werden.“ (bmn)

CDU sorgt sich um Verkehr und Busanbindung

Bleibt die Autobahnanschlußstelle Melsungen/Felsberg erhalten, wenn die Abfahrt Ostheim Gebaut wird? Wie sieht es mit dem öffentlichen Personennahverkehr zum Interkommunales Gewerbegebiet aus? Wie steht es mit ansiedlungswilligen Unternehmen? Die CDU-Fraktion des Felsberger Parlaments hatte ihre Fragen schriftlich an den Stadtverordnetenvorsteher und den Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses gestellt – und erhielt auch schriftlich Antwort.

Autobahnabfahrt bleibt

Demnach sieht das Verkehrsneuerungskonzept des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen in Kassel ausdrücklich den Erhalt der Autobahn-

anschlußstelle Melsungen/Felsberg vor. Auch in Gesprächen mit Bundesverkehrsminister Wissmann sei dies nie in Frage gestellt worden.

Inwieweit mit dem Gewerbegebiet eine zusätzliche Belastung der Ostdurchfahrt Felsberg verbunden sein wird, bleibe angesichts schnellerer Verbindungen über die Autobahn abzuwarten. Der Verkehr nach Westen werde durch das Hochland Richtung Homberg abfließen, zumal dort eine Nordumgehung der Kreisstadt die Anbindung an die B 253 ermöglichen werde.

Zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) heißt es: Die Erreichbarkeit ist sicherzustellen. Das heiße, zu den Aufgaben des Zweckverbandes werde es gehören, gemeinsam mit dem Nahverkehr Schwalm-

Eder (NSE) und dem Nordhessischen Verkehrsverbund (NVV) muß ein Konzept entwickelt werden. Ob das mit einer neuen Buslinie, einem Anrufsammeltaxi oder per Werksverkehr geregelt werde, hänge von der Entwicklung des neuen Gewerbegebietes ab. Falls Defizite entstünden würden diese je zur Hälfte vom Land über den NVV und von den Mitgliedern des Gewerbegebiets-Zweckverband getragen. In jedem Fall würden auch die Felsberger Hochlandgemeinden erheblich besser ans ÖPNV-Netz angeschlossen.

Weitere Fragen/Antworten: Der Schwalm-Eder-Kreis ist beratendes, aber nicht stimmberechtigtes Mitglied im Zweckverband, beteiligt sich nicht an den Kosten, erhält aber auch nichts von den Ein-

nahmen.

Das neue Gewerbegebiet hat keine Auswirkungen auf die Felsberg-Gensunger Gewerbegebiete am Sälzerweg und an der Mittelhöfer Straße. Diese sind in erster Linie für den Eigenbedarf und für kleinere zusätzliche Ansiedlungen gedacht.

Noch keine Angaben

Keine konkrete Antwort erhielt die CDU-Fraktion auf ihre Frage nach ansiedlungswilligen Unternehmen. Weil noch keine Angebotsplanung vorliege, sei es nicht sinnvoll schon jetzt Betriebe nach ihrem Bedarf zu befragen. Es wird aber davon ausgegangen, daß sich das Gewerbegebiet aufgrund des günstigen Standorts gut vermarkten lasse. (bmn)

Ja zu Verband und Satzungsentwurf

Mehrheitlich hat das Felsberger Parlament dem Beitritt des Zweckverbandes zum interkommunalen Gewerbegebiet zugestimmt. Aufwendig wurde die Wahl der Verbandsvertreter.

FELSBERG ■ Das geplante Gewerbegebiet bei Ostheim war noch einmal großes Thema während der Sitzung der Stadtverordneten in Felsberg am Donnerstag. Heinz Winzenburg, FWG, kritisierte den Umlageschlüssel. Man solle hier berücksichtigen, daß die Kommunen im Fuldatal wirtschaftlich stärker seien als die im Edertal. Eine solche Grundsatfrage, so Stadtverordnetenvorsitzender Erwin Winklhofer, hätte man früher diskutieren müssen. Bürgermeister Klaus Stiegel wies darauf hin, daß der Umlageschlüssel ja nicht nur die Kosten betreffe, sondern später auch die Einnahmen.

Peter Hammerschmidt, Bündnis 90/Die Grünen, fragte unter anderem, warum über eine Million Mark für das Marketing des Gewerbegebietes angesetzt seien und wie sich

durch das Gewerbegebiet die Schuldenlast der Felsberger verändere. In welcher Höhe Felsberg finanziell belastet werde, hänge davon ab, wann und wie investiert werde. Für das Marketing sei zunächst eine relativ hohe Summe angesetzt worden in der Hoffnung, nicht alles zu brauchen, so Stiegel weiter.

Wer die Chancen des gemeinsamen Gewerbegebietes nutzen wolle, der müsse auch gewisse Risiken in Kauf nehmen, lautete der Tenor sowohl bei Fritz Veit, SPD, als auch bei Winfried Thomas, CDU. Mit 30 Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen) befürwortete das Parlament schließlich den Beitritt zum Zweckverband und eine Mustersatzung.

Zeitaufwendig wurde dann die Wahl der Vertreter und deren Stellvertreter für die Verbandsversammlung. Zunächst gab es eine gemeinsame Liste von CDU und SPD. Dann bewarben sich auch die Grünen Peter Hammerschmidt und Helga Engelbrecht für diese Aufgabe. Da bei dieser Wahl nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren vorgegangen werden mußte (Verhältnisswahl), hätten also auch die Grünen eine

Chance gehabt, in die Versammlung gewählt zu werden.

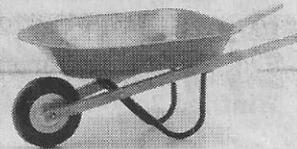
Heinz Veit, SPD, wollte von Hammerschmidt vorab wissen, ob er seine Politik des Neinsagens auch in der Verbandsversammlung beibehalten werde. Denn nur, wenn die Vertreter Felsbergs einstimmig ihr Votum dort abgeben, wäre ihre Stimme gültig. Er wolle die Arbeit kritisch begleiten, so Hammerschmidts Antwort. Ein gemeinsames Gewerbegebiet an sich sei keine schlechte Idee.

Während einer Sitzungsunterbrechung wurden die Karten neu gemischt: Die beiden großen Fraktionen zogen ihren Wahlvorschlag zurück und legten eine neue Liste vor, auf der auch ein FWG-Mitglied verzeichnet ist.

In geheimer Wahl entfielen dann 30 Stimmen auf den Kombi-Vorschlag, zwei Stimmen auf den Vorschlag der Grünen. Diese zwei Stimmen waren dann auch nach der Verhältniswahl zu wenig, um den Grünen einen Platz in der Verbandsversammlung zu sichern. Gewählt wurden: Erwin Winklhofer, Heinz Veit, Jochen Hammerschmidt, Rolf Meier (alle SPD), und Winfried Thomas (CDU). Ihre Stellvertreter sind: Heinz Winzenburg (FWG),

Anzeige

Unser Fuhrpark...



...kann sich sehen lassen:
Bei uns werden Sie in Mercedes-Benz Limousinen und Kleinbussen mit Klimaanlage gefahren.

05661 12 20
Viel mehr als nur Taxi.

TAXI

Jens Marggraf

Elfershäuser Str. 13, 34212 Melsungen

Kai Jendrusch, Arnold Kiel, Rolf Harbusch (SPD) und Brita Bayer-Bastet (CDU). (tns)

Dietzel: „Es gibt kein Zusatzprotokoll“

MELSUNGEN ■ Bei der Satzung zum gemeinsamen Gewerbegebiet „Mittleres Fuldata“ gibt es laut Bürgermeister Karl-Heinz Dietzel kein Zusatzprotokoll. Mit dieser Aussage beantwortete Dietzel eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen. Allerdings gebe es das Ziel, nach der Gründung des Zweckverbandes für die Schaffung eines Gewerbegebietes bei Ost-

heim eine Vereinbarung zu treffen, die jeder Kommune das Recht einräumt, wieder aus dem Verband auszutreten. Diese Frage könne sich stellen, wenn nach Abschluß der Vorplanung und Aufstellung des Finanzierungsplanes deutlich wird, daß das Vorhaben nicht wirtschaftlich zu betreiben wäre.

Eine weitere Anfrage der

Grünen beschäftigte sich mit den unterschiedlichen Kosten- und Finanzierungsplänen, die den Parlamenten in Melsungen und Morschen vorgelegt worden seien.

In Melsungen würden die Gesamtkosten des Projektes mit 38,06 Millionen Mark, in Morschen mit 74,7 Millionen Mark veranschlagt.

Dietzel erklärte dies damit,

daß darin auch die Kosten für den Autobahnanschluß und den Zubringer enthalten seien. Diese Unterlagen seien aber längst aktualisiert worden und lägen jetzt allen fünf Kommunen in einheitlicher Form vor. Danach werde für das Gewerbegebiet von einer Summe in Höhe von 36,88 Millionen Mark ausgegangen.

(tom)

HNA v. 28

5. 98

GEWERBEGEBIET

„Ja“ kam in der dritten Runde

Auch die Gemeinde Morschen macht mit beim interkommunalen Gewerbegebiet bei Ostheim. Das „Ja“ kam in der dritten Runde von SPD, CDU und FDP. Die Grünen stimmten dagegen.

MORSCHEN ■ „Ich bin überzeugt, daß sie eine weise Entscheidung getroffen haben.“ Mit diesen Worten kommentierte Landrat Jürgen Hasheider das „Ja“ des Morschener Gemeindeparlamentes zum Gewerbegebiet zwischen Ostheim und Elfershausen. In dritter Runde kam das „Ja“ der Parlamentarier zum Beitritt ihrer Gemeinde. Damit ist die Mannschaft aus fünf Gemeinden jetzt komplett.

Zustimmung zu dem Verbund gab's von den Fraktionen der SPD, CDU und FDP. Andreas Gründel, einziger anwesender Gemeindevertreter der Grünen, stimmte gegen den

Beitritt Morschens. Zwar schränkte er ein, daß das Informationsdefizit, das noch in der April-Sitzung des Parlamentes massiv beklagt worden war, inzwischen ausgemerzt wurde. Dennoch halte er die Einrichtung des Gewerbegebietes „für einen Fehler“. Grund für diese Einschätzung seien nicht nur die erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft, sondern auch die finanzielle Belastung für den Gemeindehaushalt. Das Projekt „übersteigt deutlich die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde“. Noch ungewisser und komplexer als die Finanzierung des Gewerbegebietes selbst sei die des Autobahnanschlusses.

Mit einer Stimme

Ganz anders sahen das die übrigen drei Fraktionen des Hohen Hauses, die in dieser Frage nach den „umfanglichen Beratungen“ in zwei Ausschüssen jetzt so einig sind, daß sie

Alf Wiegand (SPD) als gemeinsamen Sprecher auserkoren hatten und auf getrennte Stellungnahmen verzichteten. Hauptbeweggrund für das Ja von CDU, FDP und SPD sei der Beitrag, den die Gemeinde mit dem Gewerbegebiet zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit leisten könne. Man hoffe, daß bei Ostheim „eine ganze Menge Arbeitsplätze“ geschaffen werden könnten, faßte Wiegand die Meinung der drei Fraktionen zusammen.

Dennoch hätten die Gemeindevertreter sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Es sei gut gewesen, in der April-Sitzung den Beschluß zu verschieben. Auch im Dezember hatte sich das Parlament schon einmal mit dem Thema befaßt. Jüngst waren dann Fachleute in den Ausschüssen befragt worden. Nun seien Risiken und Chancen wirklich sorgfältig abgewogen.

Eine große Chance sei die „ungemein günstige Lage“ des Gebietes, das etwa im Schnitt-

punkt zwischen Hamburg, München, Köln und Dresden liege. Der zweite Standortvorteil sei die Nähe zum Containerbahnhof Malsfeld. Nicht zu vergessen sei schließlich die bessere Anbindung Morschens ans Verkehrsnetz. Aus Kassel sei das Kloster über einen Autobahnanschluß bei Ostheim, der ja bekanntlich gemeinsam mit dem Gewerbegebiet verwirklicht werden soll, deutlich besser zu erreichen.

„Notausstieg“

Die Risiken des Projektes seien durch die nachträgliche Information der Parlamentarier wesentlich überschaubarer geworden, so Wiegand. Das Argument, das seinen Kollegen und ihm schließlich Sicherheit gegeben habe, sei der „Notausstieg“, der nach der rund eine halbe Million Mark teuren Planungsphase möglich sei, falls sich die Idee aus irgend einem Grunde als nicht zu verwirklichen herausstellt.

Al
Sat
Pres

Fläche rückt an die Autobahn

09.10.1998

Bei der Finanzierung des neuen Autobahnzubringers nach Ostheim hat sich eine neue Chance eröffnet. Auch die mögliche Gewerbefläche wurde geändert. Die Parlamente sollen erneut beraten.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Zurück zu den Wurzeln, heißt es beim Zweckverband Mittleres Fuldatal, in dem sich fünf Kommunen des Kreisteils Melsungen

VON THOMAS STIER

für die Schaffung eines gemeinsamen Gewerbegebietes bei Ostheim zusammengeschlossen haben. Die zuletzt dafür ins Auge gefaßte Fläche beim Elfershäuser Kreuz wurde wieder zurückgestellt. Jetzt, so Zweckverbandsvorsitzender und Felsberger Bürgermeister Klaus Stiegel, werde wieder mit der Fläche direkt an der Autobahn gegenüber von Ostheim (siehe Zeichnung) geplant.

Noch gravierender sind die Veränderungen beim geplanten Autobahnzubringer von der B 83 zum möglichen neuen Autobahnanschluß Ostheim, bei dessen Finanzierung ein völlig neuer Weg besprochen werden soll. Durch die jüngsten Entwicklungen hat sich die Situation so grundlegend geändert, daß vermutlich neue Beratungen in den Parlamenten von Melsungen, Spangenberg, Felsberg, Malsfeld und Morschen erforderlich werden.

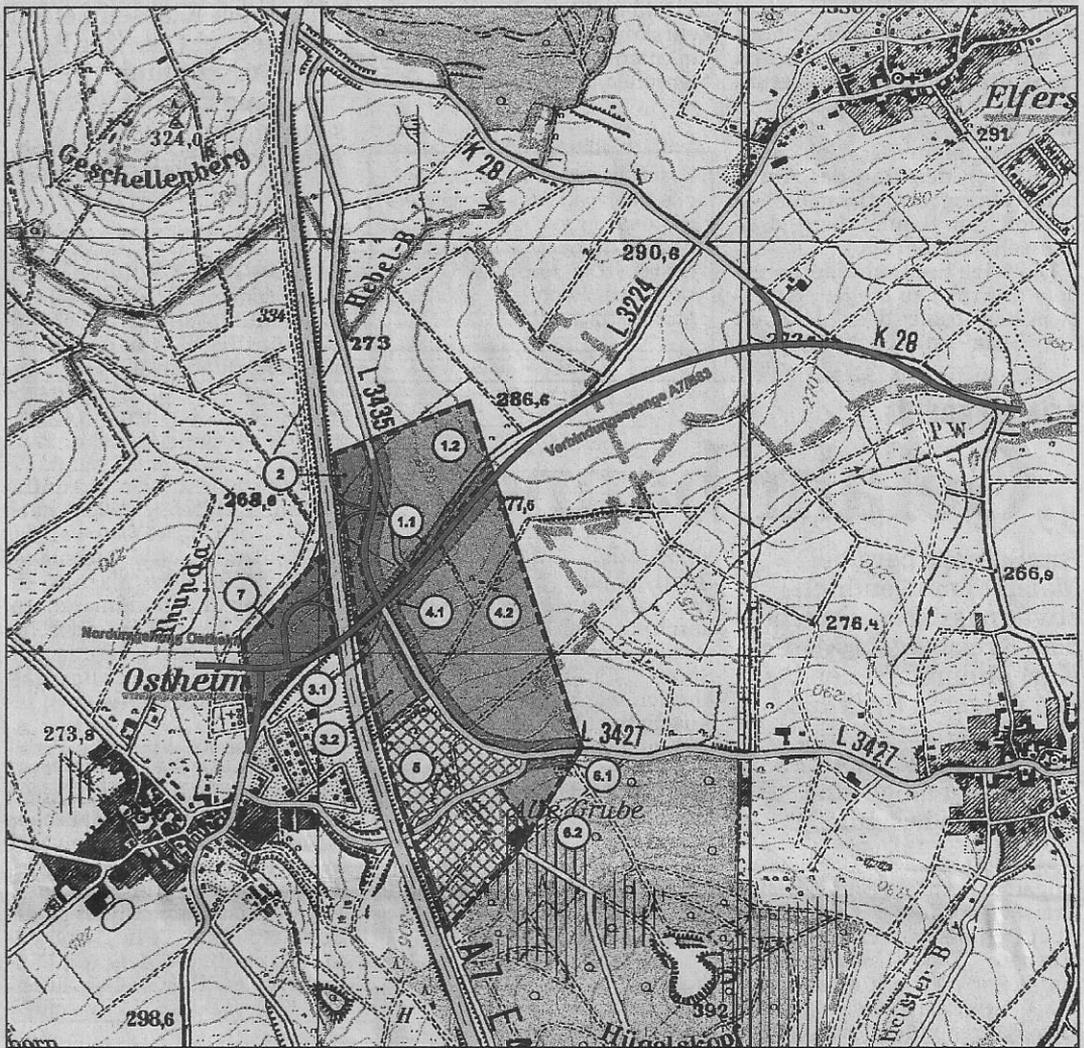
Autobahn-Zubringer

Zum geplanten Autobahnzubringer: Dessen Finanzierung war bisher völlig offen, weil sich weder Land noch Bund dafür zuständig fühlten. Der Bund hat lediglich zugesagt, die Kosten für den neuen Autobahnanschluß Ostheim zu übernehmen, der als Grundvoraussetzung für das Gewerbegebiet gilt.

Jetzt haben Wirtschaftsminister Klemm und das Landesamt für Straßenbau einen möglichen Finanzierungsweg aufgezeigt: Der Kreis tritt als Träger auf, baut den Zubringer als Kreisstraße und beantragt dafür Zuschüsse aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), nach dem in der Regel Beihilfen bis zu 75 Prozent der Kosten gezahlt werden.

Bei veranschlagten Kosten von 26 Millionen Mark (inklusive einer neuen Fuldabrücke) würden für die Mitgliedskommunen des Zweckverbandes im günstigsten Fall 6,5 Millionen DM übrigbleiben, rechneten Zweckverbandschef Stiegel und sein Stellvertreter, Spangenberg's Bürgermeister Köbberling, vor.

Wäre die Straße nach drei bis vier Jahren fertig, würde sie zur Bundesstraße hochgestuft und



Direkt neben der Autobahn soll nach den Vorstellungen des Zweckverbandes Mittleres Fuldatal das gemeinsame Gewerbegebiet entstehen. Hellgrün die für Ansiedlungen geeigneten Flächen, dunkelgrün nicht vermarktbarer Sicherheitsstreifen, blau-gerastert eine Fläche, die sich im Besitz des ADAC befindet und wo der Bau eines Verkehrsübungsplatzes geplant war. Unten rechts Dagobertshausen, rot ist ein Teilstück des geplanten Autobahnzubringers von der B 83 zu sehen. (Zeichnung: Gesellschaft für Kommunalbau Hessen)

würde der heutige Autobahnzubringer Melsungen, die B 253, zur Landesstraße abgestuft. Mehrere Kreis- und Landesstraßen auf dem Hochland könnten zu Gemeindestraßen zurückgestuft werden.

Wichtig sei, so Stiegel, daß dem Kreis selbst keine Kosten entstünden, er lediglich als Bauträger auftrete. Der Zweckverband dagegen könne nicht selbst bauen, weil Beihilfen nach dem GVFG nur an Landkreise oder Kommunen gezahlt werden.

Entscheidend sei es nun, die Zustimmung von Land und Bund zu dieser interessanten Regelung zu erhalten. Dafür wollen die fünf Bürgermeister und der Landrat bei einer gemeinsamen „Pilgerfahrt“ nach Wiesbaden Ende Oktober werben, kündigte Stiegel an.

Bau in einem Stück

Wenn die erforderlichen Zusagen vorlägen, sollten Planfeststellungsverfahren und Bauleitplanung möglichst zügig erledigt werden. Ziel müsse es dann sein, die Straße in einem Stück zu bauen, wobei der

Beihilfen fließen.

Die mögliche Gewerbefläche am Elfershäuser Kreuz ist beim Kasseler Regierungspräsidenten auf wenig Gegenliebe gestoßen, weil sie mit 38 Hektar einfach zu groß erschien. Darum hat sich der Zweckverband auf jene Fläche rückbesonnen, die ursprünglich einmal von der Gemeinde Malsfeld als Gewerbegebiet geplant war.

Direkt an der Nordfahrbahn der Autobahn ist hier eine Gesamtfläche von 26,5 Hektar ausgewiesen, von der 20,5 Hektar zur Gewerbeansiedlung genutzt werden könnten. Dies würde für den Anfang reichen, zumal bei Bedarf in Richtung Elfershausen weitere Flächen bereitgestellt werden könnten.

Mehrere Vorteile

Dieser Bereich hat gegenüber dem anderen einen entscheidenden Vorteil: Er ist bereits im Regionalen Raumordnungsplan für Industrieansiedlung ausgewiesen. Und: Die Fläche ist durch zwei Landesstraßen schon jetzt relativ gut erreichbar, was die Kosten für die innere Erschließung senken wür-

bauen als am Elfershäuser Kreuz.

Konkrete Zahlen, was die Erschließung kosten würde, werden laut Stiegel zur Zeit gerade erarbeitet, dürften sich etwa zwischen 12 und 13 Millionen Mark bewegen. Ziel des Zweckverbandes sei es, die Erschließungskosten über den Grundstücksverkauf zu finanzieren. Als konkurrenzfähiger Preis würden 60 bis 65 Mark pro Quadratmeter angesehen. Stiegel: „Wenn das klappt, blieben für die Kommunen des Zweckverbandes 6,5 Millionen Mark für den Straßenbau zu finanzieren.“ Nachdem früher „astronomische Kosten“ von 74 Millionen Mark genannt worden seien, könne man jetzt mit greifbaren Zahlen hantieren. Stiegel: „Endlich gibt es eine realistische Grundlage. Ich glaube, wir sind dem gemeinsamen Gewerbegebiet ein ganzes Stück näher gekommen.“

Die für gestern geplante Versammlung des Zweckverbandes wurde abgesagt und auf Mittwoch, 25. November, 19 Uhr, im Malsfelder Rathaus verschoben. Bis dahin, so hoffen Stiegel und Köbberling, sollten die Stel-

Gleichung mit ^{09.10.98} vielen Unbekannten

Auch nach den jüngsten Veränderungen beim Gewerbegebiet Ostheim bleibt das ganze Vorhaben ein Rechenkunststück mit vielen Unbekannten. Etwa: Funktioniert der Trick, eine Kreisstraße zu bauen und zu finanzieren, um sie dann gleich zur Bundesstraße zu machen? Und: Wie hoch ist eine Förderung für den Autobahnzubringer „bis zu 75 Prozent“ wirklich und wer zahlt wann? Von den Problemen einer Trassenplanung samt Fuldabrücke und möglichen Widersprüchen aus Malsfeld und dem Hochland ganz zu schweigen.

Eine gesunde Portion Optimismus ist auch nötig, um die Erschließungskosten des Gewerbegebietes durch Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf auf Null zu rechnen. Immerhin: Wäre man nicht davon überzeugt, das Gebiet gewinnbringend vermarkten zu können, könnte man auch gleich die Finger davon lassen.

Es ist halt schwierig, daß

das gemeinsame Gewerbegebiet nur als fest verschnürtes Gesamtpaket Sinn macht und nicht in Einzelteile zerlegt werden kann. Erfolgreich kann es nur sein mit einem eigenen Autobahnanschluß vor der Haustür und einer leistungsfähigen Anbindung an die B 83 und den Containerbahnhof Malsfeld.

Die Hürden sind hoch wie bei kaum einem anderen Projekt. Doch auch die damit verbundenen Chancen sind so groß, daß sie jede Anstrengung lohnen. Die jetzt beschlossenen Veränderungen rücken das ganze Vorhaben erstmals in eine vorstellbare Größenordnung, weg von den bisher genannten 74 Millionen Mark, die niemand hätte aufbringen können.

Wichtig wäre jetzt, daß die fünf verbliebenen Kommunen bei der Fahne bleiben. Springt nur eine vom noch stehenden Zug, darf das ganze Projekt getrost aufs Abstellgleis geschoben werden.

Thomas Stier

21.10.98

Grüne sehen Projekt gescheitert

Die Grünen in den Mitgliedskommunen des Zweckverbandes Mittleres Fuldaatal sehen das Vorhaben eines gemeinsamen Gewerbegebietes bei Ostheim als gescheitert an.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Das gemeinsame Gewerbegebiet bei Ostheim ist nach Ansicht der Grünen „gestorben“. Nachdem es die einkalkulierten Beihilfen in Höhe von 40 Prozent zur inneren Erschließung des Gewerbegebietes nicht geben wird (HNA berichtete), müßten zumindest Felsberg und Morschen aus dem Zweckverband austreten, meinte Jochen Böhme-Gingold, Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Melsunger Stadtparlament. Er sprach damit auch für die Grünen in den Parlamenten von Felsberg, Spangenberg und Morschen.

Morschen und Felsberg, er-

läuterte Böhme-Gingold in einer Pressemitteilung, hätten ihren Verbleib im Zweckverband von den Fördermitteln für die Erschließung der Fläche abhängig gemacht. Diese Beschlüsse seien klar und unmißverständlich als „Sollbruchstelle“ vorgesehen gewesen. Würden sie jetzt eingehalten, bedeute dies den Ausstieg dieser beiden Kommunen aus dem Projekt.

„Damit ist das gemeinsame Gewerbegebiet Ostheim auch für die anderen Gemeinden gestorben“, meinte Böhme-Gingold. Schon beim jüngsten Treffen des Zweckverbandes sei von einem „Begräbnis erster Klasse“ gesprochen worden.

„Zu glatt und geschönt“

Die jüngsten Äußerungen des Zweckverbands-Vorsitzenden Klaus Stiegel bezeichneten die Grünen als „zu glatt und stark geschönt“. Das Planungsbüro GKH habe dem Verband vorgegaukelt, bei der inneren Erschließung der Fläche könnten

Fördermittel bis zu 40 Prozent fließen. Dies habe sich als „totale Nullnummer“ erwiesen, weil es keine „müde Mark“ dafür geben werde.

Es spreche auch nicht für die Qualität der Planung, so Böhme-Gingold weiter, wenn man zunächst eine Fläche als gemeinsames Gewerbegebiet ausweise, dies durch das Planergänzungsverfahren schicke, dann aber mittendrin diese Fläche als völlig ungeeignet bezeichnet, eine neue Fläche beplane, um dann, wenn die Fördermittel ausbleiben, zur alten Fläche zurückzukehren.

Büro wechseln

Die Grünen zitieren in ihrer Pressemitteilung Spangenberg's Bürgermeister Köbberling, der die Arbeit des Planungsbüros GKH als „mehr als dilettantisch“ bezeichnet habe. Die Grünen teilten mit Köbberling die Meinung, daß das Planungsbüro gewechselt werden müsse, erklärte Böhme-Gingold. GKH

habe mehr für Verwirrung als für Klärung gesorgt.

Erstaunt äußerten sich die Grünen aus Melsungen, Malsfeld, Morschen und Felsberg darüber, daß plötzlich für den Autobahnzubringer von der B 83 doch Zuschüsse möglich seien. Warum, so fragen sie, habe man nicht von Anfang an darauf verwiesen, daß Beihilfen aus dem Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz gezahlt werden können. Schließlich sei die Gewährung von Finanzierungs-hilfen eine öffentliche Angelegenheit und keine Geheimwissenschaft. Auch hier habe das Planungsbüro kläglich versagt.

Bedenke man, so die Grünen abschließend, wieviel Energie bereits in das Projekt geflossen sei und wie jämmerlich nun das Ergebnis ausschaue, solle man überlegen, ob die interkommunale Zusammenarbeit nicht besser auf Themen wie Hochwasserschutz, Touristik, Umweltschutz und Kultur konzentriert werden sollte.

(tom)

Gewerbegebiet mittleres Fuldataal verwirklichen

SCHWALM-EDER ■ Auf scharfe Kritik des FDP-Kreisverbandes und der beteiligten Ortsverbände sind Äußerungen von Bündis 90/Die Grünen gestoßen, das gemeinsame Gewerbegebiet mittleres Fuldataal werde wohl nicht zustande kommen und stattdessen solle man sich mehr auf Umweltschutz, Kultur und Touristik konzentrieren.

Wie der FDP-Kreisvorsitzende Peter Klufmöller mitteilte, komme es darauf an, die Anstrengungen von Land, Kreis und Zweckverband darauf zu konzentrieren, dieses Gewerbegebiet zu entwickeln. Alle Beteiligten müßten ein Interesse daran haben, daß dieses Gewerbegebiet zustande komme, da gerade eine Erschließung durch mehrere Städte und Gemeinden den Vorteil habe, Landschaftsinanspruchnahme an einzelnen Orten zu vermeiden und durch

eine gemeinsame Erschließung Kosten zu sparen und einen Vorrat an Industriefläche zu schaffen.

Darüber hinaus erklärte der FDP-Kreisverband, daß durch den Autobahnanschluß Ostheim sowohl das Industriegebiet entsprechend angeschlossen würde, aber auch der Standort des Containerbahnhofs Malsfeld weitere Aufwertung erfahren würde. „Es geht hier auch darum, Arbeitsplätze zu schaffen, die an anderer Stelle, wie zum Beispiel beim Transrapid, unter Mithilfe von Bündnis 90/Die Grünen vernichtet würden“, sagte Klufmöller. Der FDP-Kreisverband hat die beteiligten Gremien des Zweckverbandes aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um das gemeinsame Gewerbegebiet Ostheim zu realisieren. (eg)

GEWERBEGEBIET OSTHEIM

Grüne sehen Projekt gescheitert

Die Grünen in den Mitgliedskommunen des Zweckverbandes Mittleres Fuldataal sehen das Vorhaben eines gemeinsamen Gewerbegebietes bei Ostheim als gescheitert an.

KREISTEIL MELSUNGEN ■ Das gemeinsame Gewerbegebiet bei Ostheim ist nach Ansicht der Grünen „gestorben“. Nachdem es die einkalkulierten Beihilfen in Höhe von 40 Prozent zur inneren Erschließung des Gewerbegebietes nicht geben wird (HNA berichtete), müssten zumindest Felsberg und Morschen aus dem Zweckverband austreten, meinte Jochen Böhme-Gingold, Fraktionssprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Melsunger Stadtparlament. Er sprach damit auch für die Grünen in den Parlamenten von Felsberg, Spangenberg und Morschen.

Morschen und Felsberg, er-

läuterte Böhme-Gingold in einer Pressemitteilung, hätten ihren Verbleib im Zweckverband von den Fördermitteln für die Erschließung der Fläche abhängig gemacht. Diese Beschlüsse seien klar und unmißverständlich als „Sollbruchstelle“ vorgesehen gewesen. Würden sie jetzt eingehalten, bedeute dies den Ausstieg dieser beiden Kommunen aus dem Projekt.

„Damit ist das gemeinsame Gewerbegebiet Ostheim auch für die anderen Gemeinden gestorben“, meinte Böhme-Gingold. Schon beim jüngsten Treffen des Zweckverbandes sei von einem „Begräbnis erster Klasse“ gesprochen worden.

„Zu glatt und geschönt“

Die jüngsten Äußerungen des Zweckverbands-Vorsitzenden Klaus Stiegel bezeichneten die Grünen als „zu glatt und stark geschönt“. Das Planungsbüro GKH habe dem Verband vorgegaukelt, bei der inneren Erschließung der Fläche könnten

Fördermittel bis zu 40 Prozent fließen. Dies habe sich als „totale Nullnummer“ erwiesen, weil es keine „müde Mark“ dafür geben werde.

Es spreche auch nicht für die Qualität der Planung, so Böhme-Gingold weiter, wenn man zunächst eine Fläche als gemeinsames Gewerbegebiet ausweise, dies durch das Planergänzungsverfahren schicke, dann aber mittendrin diese Fläche als völlig ungeeignet bezeichnet, eine neue Fläche beplane, um dann, wenn die Fördermittel ausbleiben, zur alten Fläche zurückzukehren.

Büro wechseln

Die Grünen zitieren in ihrer Pressemitteilung Spangenberg's Bürgermeister Köbberling, der die Arbeit des Planungsbüros GKH als „mehr als dilettantisch“ bezeichnet habe. Die Grünen teilten mit Köbberling die Meinung, daß das Planungsbüro gewechselt werden müsse, erklärte Böhme-Gingold. GKH

habe mehr für Verwirrung als für Klärung gesorgt.

Erstaunt äußerten sich die Grünen aus Melsungen, Malsfeld, Morschen und Felsberg darüber, daß plötzlich für den Autobahnzubringer von der B 83 doch Zuschüsse möglich seien. Warum, so fragen sie, habe man nicht von Anfang an darauf verwiesen, daß Beihilfen aus dem Gemeindeverkehrs-Finanzierungsgesetz gezahlt werden können. Schließlich sei die Gewährung von Finanzierungshilfen eine öffentliche Angelegenheit und keine Geheimwissenschaft. Auch hier habe das Planungsbüro kläglich versagt.

Bedenke man, so die Grünen abschließend, wieviel Energie bereits in das Projekt geflossen sei und wie jämmerlich nun das Ergebnis ausschaue, solle man überlegen, ob die interkommunale Zusammenarbeit nicht besser auf Themen wie Hochwasserschutz, Touristik, Umweltschutz und Kultur konzentriert werden sollte.

(tom)

GEWERBEGEBIET

Morschen erwägt den Ausstieg

Kein gutes Haar ließen die Morschener Parlamentarier an der Arbeit des Planungsbüros fürs Gewerbegebiet mittleres Fuldata. Die abgelieferte Leistung sei die Summe von 30 000 DM, die Morschen beisteuern solle, nicht wert.

MORSCHEN ■ Eigentlich stand das Thema gar nicht auf der Tagesordnung, und doch erregte es am Donnerstagabend die Gemüter der Morschener Gemeindevereiter wie kein anderes: das Gewerbegebiet mittleres Fuldata. Das Projekt, das an der Autobahn bei Ostheim in Zusammenarbeit mit vier weiteren Kommunen und dem Kreis entstehen soll, stehe nach den neuesten Nachrichten aus Wiesbaden in Frage. So das Fazit von Vertretern der SPD, CDU und FDP, die an einem interfraktionellen Gespräch in Malsfeld teilgenommen hatten (HNA berichtete). Die miese Arbeit der Beraterfirma sei ihr Geld nicht wert, Morschen müsse überlegen, ob die Gemeinde die 30 000 DM, die sie beisteuern solle, wirklich bezahle, war aus allen drei Fraktionen zu hören.

Begräbnis 1. Klasse

Die Versammlung in Malsfeld sei ein „Begräbnis erster Klasse“ gewesen, blickte CDU-Fraktionsvorsitzender Heinz-Dieter Kaiser düster in die Zukunft des groß angelegten Projektes. Die Finanzierung stehe in Frage. Die Bürgermeister hätten sich offenbar „einen vormachen lassen“ und seien auf die Versprechungen der Gesellschaft für Kommunalbau Hessen (GKH) reingefallen.

Auch er sei aus allen Wolken gefallen, als er bei einem Gespräch mit dem Hessischen Verkehrsminister Lothar Klemm erfahren habe, daß es an Stelle der erhofften 40 Prozent Zuschüsse keinen Pfennig für den Ausbau des Geländes selbst aus



Wiesbaden geben wird, berichtete SPD-Fraktionschef Günter Görke. Darum habe er auch an Ort und Stelle seinen Unmut geäußert.

Görke schlug vor, mal nachzuhaken, „ob das nicht bewußt eine Täuschung war, um die Leute ins Boot zu ziehen, um den Auftrag zu bekommen“. Sein Fazit: „Ich habe zu dieser Gesellschaft kein Vertrauen mehr.“

Ähnliche Töne von FDP-Sprecher Uwe Ludwig: „Ich bin selbst Berater und so etwas ist mir mein ganzes Leben noch nicht passiert.“ Die GKH habe dilettantisch gearbeitet. Man müsse überprüfen, welche Möglichkeiten es gebe, ums Bezahlen rumzukommen.

Dazu die Idee von Günter Schäfer, ebenfalls FDP: Der Auftrag der Beraterfirma sei schon erteilt gewesen, bevor der Zweckverband aus den fünf Kommunen gegründet wurde. „Der Kreis hat die Musikanten bestellt, dann soll er sie auch bezahlen.“ Warum eigentlich

sei kein Gegenangebot zu dem der GKH eingeholt worden, fragte sich und seine Parlamentskollegen Ludwig. Vielleicht könne man einen Formfehler bei der Auftragsvergabe ausfindig machen und „den Hebel da ansetzen“, schürte er die Hoffnung, diese Arbeit nicht bezahlen zu müssen.

Vorarbeit

Bei Planungsleistungen sei eine Ausschreibung nicht nötig, klärte Alf Wiegand (SPD) auf, weil nach der Gebührenordnung abgerechnet werden müsse. Die GKH habe, so Bürgermeister Herbert Wohlgemuth, zunächst „freiwillig geplant“, in der Hoffnung, den Auftrag zu bekommen. Sicher gebe es auch im Schwalm-Eder-Kreis geeignete Büros für diese Arbeit. Schließlich habe Ex-Superminister Jörg Jordan als Sprecher der GKH den Eindruck erweckt, „die Zuschüsse lägen in Wiesbaden schon bereit“.

Das alles sei im Prinzip trau-

rig, so Wiegand. Wenn das grundsätzlich gute Projekt aufgrund der schlechten Vorbereitung beerdigt werden müsse, dann sei das schade. Im Moment sehe es aber danach aus. „Das

Anzeige

TAXI

Jens Marggraf

05661 1220

Viel mehr als nur Taxi.

Ding läuft schief, wie's schiefer nicht laufen kann.“ Gott sei Dank habe Morschen beim Beitritt zum Zweckverband eine Ausstiegsklausel vereinbart. Von der solle man notfalls Gebrauch machen, war man sich im Westflügel des Klosters Haydau einig. (l)

GL und CDU hegen Bedenken

Lief bei der Vergabe des Auftrages für die Vorplanung des Gewerbegebietes Mittleres Fuldata alles einwandfrei? CDU und GL im Malsfelder Parlament hegen rechtliche Bedenken.

MALSFELD ■ Es war wie in der Oktobersitzung im Parlament Morschen: Das Thema Gewerbegebiet stand am Dienstagabend beim Treffen der Malsfelder Gemeindevertreter eigentlich gar nicht als Diskussionspunkt auf der Tagesordnung. Und doch entbrannte über die Vorplanung der Gesellschaft für Kommunalbau in

Hessen (GKH) und deren Kosten eine heftige Debatte.

Anlaß war weniger der zehn Punkte umfassende Fragenkatalog, den die Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldata zu den Vorplanungskosten gestellt hatte, sondern vielmehr der Nachtragshaushalt der Gemeinde, über den es am Dienstag zu entscheiden galt.

34 000 DM stehen in diesem Zahlenwerk als Anteil der Gemeinde Malsfeld an der Rechnung, die das Kasseler Planungsbüro dem Zweckverband zugestellt hat. 506 000 DM soll dieser für die Arbeit der GKH berappen. 11,11 Prozent davon entfallen nach einem Einwohnerschlüsselwert auf Malsfeld. Weil nur die erste Rate von

300 000 In diesem Haushaltsjahr gezahlt werden soll, sind das für Malsfeld exakt 33 330 Mark - aufgerundet im Nachtragshaushalt 34 000.

Wenn diese Summe nicht wäre, dann könne seine Fraktion dem ansonsten soliden Nachtragshaushalt zustimmen, so Klaus Rehs für die CDU. Doch das Zustandekommen „des angeblichen Auftrages“ an die GKH bleibe im Dunkeln, so Rehs. „Warum gab es keinen schriftlichen Auftrag, warum keine Ausschreibung?“ „Wo die Variante II (das 38 Hektar große Gebiet) plötzlich herkam, kann ich nicht nachvollziehen.“

Letztlich betrachte die CDU die Vorplanung „als reine Planung im Sinne eines Kostenvor-

anschlages“. Da bestehe Nachverhandlungsbedarf mit der GKH, und auch eine rechtliche Prüfung sei angebracht. Schließlich müßten der Gemeindevorstand und die Gemeindevertretung die Interessen der Gemeinde wahren und sollten sich nicht in die Gefahr begeben, sich der Untreue schuldig zu machen, warnte Rehs.

Deshalb der Antrag der Christdemokraten, die 34 000 DM aus dem Nachtrag herauszunehmen. Doch für den konnte sich nur die CDU-Fraktion allein erwärmen. Die SPD lehnte geschlossen ab, die Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldata enthielt sich der Stimme. (l)

„Interessenten warten, Projekt nicht zerreden“

Auch die Position der Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldata (GL) zur Vorplanung ist gespalten. Fraktionsvorsitzender Lothar Kothe zur Stellungnahme der CDU: „Wir teilen diese Bedenken.“ Um das zu manifestieren und dem Parlament sozusagen den Rücken freizuhalten regte die GL an, zu prüfen, ob rechtliche Bedenken gegen die Vergabe des Auftrages an die GKH bestehen. Aber auch für diesen Antrag fand sich keine Mehrheit im Parlament. Die CDU enthielt sich, wohl weil ihr dieser Antrag nicht weit genug ging, und die SPD stimmte dagegen.

Ausdrücklich betonte CDU-Fraktionsvorsitzender Klaus Rehs, daß seine Fraktion nicht das Gewerbegebiet selbst in Frage stellen wolle. Genau das passiere aber, wenn jetzt noch

viel an dem Projekt herumgedeutelt werde, warnte Bürgermeister Herbert Vaupel, der zugleich stellvertretender Geschäftsführer des Zweckverbandes ist. „Wir haben unten ganz konkrete Anfragen“, deutete er ein Stockwerk tiefer in die Amtsstuben des Rathauses. Die seien so konkret, daß die Interessenten für die Grundstücke „am liebsten einen Termin beim Notar“ vereinbaren würden. „Und hier wird das zerredet und zerredet, das tut fast weh“, geriet der neue Bürgermeister zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt im Parlament in Rage.

Mit der Kritik an ihrer Arbeit tue man der GKH unrecht, urteilte Vaupel (SPD), der von sich selbst sagte: „Ich kenne die Pläne bis ins letzte Detail.“ Die vorgelegte Arbeit habe Hand

und Fuß. Wenn suggeriert werde, daß bei der Vergabe des Auftrages möglicherweise ein Straftatbestand vorliege, „möchte ich das auf das Schärfste zurückweisen“.

Weniger als ein Prozent

Der Preis von 506 000 DM für die Vorplanung sei bei einer Gesamtsumme von 75 Millionen Mark für die innere und äußere Erschließung des Gewerbegebietes mit weniger als einem Prozent nicht zu hoch. Und der Auftrag sei mündlich zustandegewonnen: „Hier war ein Wort, ein klares Wort gesagt worden.“ So etwas müsse gerade auf dem flachen Land noch seine Gültigkeit haben.

Auch SPD-Sprecher Heinz Schneider wies den Vorwurf, daß da etwas im Dunkeln liege,

zurück. Der Auftrag sei durch die Bürgermeister der beteiligten Gemeinden erteilt worden, weil der Zweckverband sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht konstituiert hatte. Es gäbe keinen Anlaß, das als sittenwidrig oder nichtig zu beurteilen. Er gab zu bedenken, daß bei dem gesamten interkommunalen Projekt Neuland beschränkt wurde. „Es wäre zum Nachteil gewesen, wenn wir auf die formalen Beschlüsse gewartet hätten.“ Bei dem Haushaltsansatz gehe es lediglich darum, die finanzielle Verpflichtung gegenüber dem Zweckverband zu erfüllen. Die Suche nach Knackpunkten sei aus Sicht der SPD nicht nur juristisch fragwürdig, sondern auch politisch unklug. Schneider: „Wir müssen unseren Bürgermeistern den Rücken stärken.“ (l)

GEWERBEGEBIET

„Möglichst bald anfangen“

Einen zehn Punkte umfassenden Fragenkatalog rund ums Gewerbegebiet beantwortete Bürgermeister Herbert Vaupel der GL in der jüngsten Sitzung des Malsfelder Parlaments.

MALSFELD ■ „Wir möchten möglichst noch im Dezember mit der Bauleitplanung beginnen.“ Malsfelds Bürgermeister Herbert Vaupel (SPD), zugleich stellvertretender Geschäftsführer des Zweckverbandes Gewerbegebiet Mittleres Fuldata, machte am Dienstagabend vor dem Malsfelder Parlament deutlich, daß die Zeit drängt. „Wir möchten das nicht auf Wiedervorlage legen bis ins Jahr 2001, wir möchten beginnen.“ So seine Antwort auf die Frage der Gemeinschaftliste Hochland-Fuldata (GL), ob vielleicht in drei Jahren im neuen Doppelhaushalt des Landes Hessen mit einer saftigen Finanzspritze aus Wiesbaden gerechnet werden könne.

Aus eigener Kraft

Dieser Zug sei jetzt abgefahren, so Vaupel. Der Zweckverband beabsichtige, das Gewerbegebiet bei Ostheim aus eigener Kraft auf die Beine zu brin-

gen, die Kosten sollten sich über Grundstücksverkäufe finanzieren (HNA berichtete). In der abgespeckten Version mit nur rund 20 Hektar dürfte das möglich sein, so Vaupel.

Das waren einige der Antworten auf einen zehn Fragen umfassenden Katalog, den die Gemeinschaftliste in Zusammenhang mit der Vorplanung fürs Gewerbegebiet gestellt hatte. Eigentlich habe man diese Fragen bereits im Sommer stellen wolle, so Fraktionsvorsitzender Lothar Kothe. Um aber keine Unruhe in das Projekt zu bringen und weil immer noch die Hoffnung auf Gelder aus Wiesbaden bestanden habe, hätte seine Fraktion damals auf Nachfragen verzichtet.

Dienstag nun lagen die Fragen und ihre Antworten vor: Den Auftrag für die Vorplanung an die Gesellschaft für Kommunalbau in Hessen (GKH) habe der Vorstand des Zweckverbandes am 23. Juli, noch in seiner konstituierenden Sitzung, vergeben. Der Projektmanagementvertrag bedürfe allerdings noch der Absegnung durch die Verbandsversammlung. Verglichen und beplant worden sei nicht nur die von der Gemeinde Malsfeld ursprünglich als Gewerbegebiet ausgewiesene Fläche von rund 20 Hektar, sondern noch eine weitere mit rund 38 Hektar.

Das sei ein „nicht unberechtigtes Ansinnen des Planungsbüros“ gewesen, antwortete Vaupel auf die Frage von GL-Chef Kothe, warum man sozusagen „im luftleeren Raum“ geplant habe. Schließlich sei das größere Gebiet im Regionalen Raumordnungsplan überhaupt nicht als Gewerbefläche vorgesehen gewesen, gab die GL zu bedenken.

„Zu spät“

Man sei mit 38 Hektar beim Land ins Rennen gegangen, um dort Strukturfördermittel zu beantragen, erläuterte der Malsfelder Bürgermeister. Doch als der Zweckverband erst am 23. Juli handlungsfähig war, habe es in Wiesbaden geheißt: „Zu spät, die Mittel sind bereits in der Nachbarschaft, im Raum Hersfeld, gebunden.“

Daraufhin sei der Zweckverband-Vorstand zu der Einsicht gekommen, lieber den Spatz in der Hand zu behalten. Diese Entscheidung sei getragen von der Hoffnung, „daß dieses Gebiet sich selbst trägt, ohne daß eine der Beitrittskommunen da etwas zusteuern muß.“ Die Kosten dafür in Höhe von rund 506 000 DM seien ein „Pauschalangebot“ des Planungsbüros gewesen. 300 000 DM davon sollen in diesem, die restlichen 206 000 DM im kommenden

Jahr gezahlt werden. Die Gemeinde Malsfeld sei auf der Grundlage des Vertrages verpflichtet, diese Kosten an den Zweckverband zu zahlen, so Vaupel weiter.

Korrektur

In der konstituierenden Sitzung des Zweckverbandes sei man noch davon ausgegangen, das Gewerbegebiet, an dem vier weitere Kommunen beteiligt sind, auf der größeren Fläche errichten zu können. Das bedürfe jetzt, nachdem keine Gelder für das Projekt aus Wiesbaden fließen, eines korrigierenden Beschlusses. Deshalb müsse das Thema nochmals in den Parlamenten beraten werden, kündigte der Bürgermeister an.

Raumordnungsverfahren

Beabsichtigt sei, über die im Regionalen Raumordnungsplan dargestellte Fläche ein Raumordnungsverfahren herzustellen, auch über den geplanten Autobahnzubringer zum Industriegebiet Pfiesswies und die Nordumgehung Ostheim. Welche Planungskosten fürs Gewerbegebiet konkret zu erwarten seien, dazu wollte Vaupel sich nicht äußern. „Ich würde der Vorstandssitzung des Zweckverbandes vorgreifen.“

HAUSHALT

Gewerbegebiet bleibt Zankapfel

Das Thema Gewerbegebiet bleibt der Malsfelder Opposition ein Dorn im Auge. Weil für die Vorplanung 23 000 DM im Haushalt 99 eingestellt sind, verweigerte die CDU ihre Zustimmung.

MALSFELD ■ „Knackpunkt“, „Zankapfel“, die Begriffe variieren, das Thema Gewerbegebiet ist und bleibt in Malsfeld ein heißes Eisen. Und auch in der jüngsten Sitzung des Parlaments am Donnerstag zog es sich wie ein roter Faden gleich durch mehrere Tagesordnungspunkte. Immer wieder boten das Gewerbegebiet, die Umstände der Auftragsvergabe für die Vorplanung, die damit verbundenen Kosten, die die fünf beteiligten Kommunen sich

jetzt teilen sollen und der Autobahnzubringer Diskussionsstoff.

„Was uns trennt ist der Autobahnzubringer – und wenn er denn kommt, trennt er dann auch die Gemeinde“, resümierte Lothar Kothe, Fraktionsvorsitzender der Gemeinschaftsliste Hochland-Fuldatal.

Sperrvermerk

In vielen anderen Punkten sei man mit dem vorgelegten Haushaltsplan einverstanden, so CDU-Fraktionsvorsitzender Klaus Rehs. „Es ist insgesamt ein Werk, das meine Fraktion und ich ohne Vorbehalte mittragen könnten“, schürte er zunächst die Hoffnung auf eine einmütige Verabschiedung. Doch durch die Haltung des Spangenbergers Parlaments, das am Montag die Investitionsko-

stenumlage für den Zweckverband mit einem Sperrvermerk versehen hatte, sehe sich seine Fraktion bestärkt in ihrer in der vergangenen Parlamentssitzung geäußerten Kritik. Zwei Christdemokraten votierten deshalb bei der Abstimmung mit Nein, zwei – und ein Parlamentarier aus den Reihen der GL – enthielten sich ihrer Stimmen. Die Mehrheit aus SPD-Fraktion und GL brachte das Zahlenwerk auf den Weg ins neue Jahr.

Die Gemeinde Malsfeld wirtschaftete sparsam, lobte Heinz Schneider (SPD). Doch die Rahmenbedingungen seien schlechter geworden, beispielsweise die Kreisumlage durch die vielen Sozialhilfeempfänger immer höher gestiegen. Das Gewerbegebiet bei Ostheim sei eine „notwendige Infrastrukturinvestition. Sie schafft die Chan-

ce, die Region weiterzuentwickeln.“ Die vorgesehenen 23 000 DM seien „kein hinreichender Grund“, den ganzen Haushalt abzulehnen, so Schneider an die Adresse der CDU.

Bescheidenheit

Probleme mit dieser Summe hatte allerdings auch GL-Sprecher Lothar Kothe. Weil aber sonst an diesem Haushalt im Großen und Ganzen nichts auszusetzen“ sei, signalisierte er Zustimmung. Sicherlich sei das eine oder andere noch wünschenswert gewesen, aber alle Ortsteile seien berücksichtigt worden und die bewußt bescheiden gehaltenen Wünsche der Ortsbeiräte größtenteils erfüllt worden. Wichtig sei, daß das Zahlenwerk in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sei.